

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich Samstags. Preis vierteljährlich 1 Mark. — Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonetzelle: Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark

Verantwortlich: Joh. Scherm. Schriftleitung und Versand: Stuttgart, Rüststraße 18
:: Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co. in Stuttgart, Rüststraße 18

Nummer 31

Stuttgart, den 29. Juli 1916

34. Jahrgang

Fünfundzwanzigjähriges Verbands-Jubiläum

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband feiert am 1. August 1916 den Gedenktag seines 25-jährigen Bestehens. Der Beschluß zu seiner Gründung wurde auf dem vom 1. bis 6. Juni 1891 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterkongress gefaßt, die dort beschlossene Satzung trat jedoch erst am 1. August 1891 in Kraft. Die Folgen dieses Kongresses für die deutsche Metallarbeiterbewegung waren im Verlauf der 25 Jahre bedeutend und segensreich, so daß es unter regelmäßigen Zeitumständen gewiß gerechtfertigt erschiene, nun ein rechtes Freudenfest zu feiern. Der nun seit genau zwei Jahren tobende schreckliche Krieg mit seinen verheerenden Wirkungen für die daran beteiligten Völker nicht nur, sondern für die ganze Kulturwelt und im besondern für die Arbeiterschaft, legt uns die Pflicht auf, die Feier in engen Grenzen und einfachen Formen abzuhalten. Es wird auch dabei möglich sein, der Bedeutung des Verbandes vollauf gerecht zu werden. Dieser Bedeutung wird man erst recht bewußt bei einer Betrachtung der bewegten und wechselvollen Geschichte der deutschen Metallarbeiterbewegung vom Ende der sechziger Jahre bis zum Frankfurter Kongress 1891. Darüber einiges in aller Kürze.

Von Schweizer-Frischescher Seite war 1868 die „Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Schaft“ mit dem Sitz in Hannover gegründet worden. Von der Eisenacher Richtung reichte im April 1869 der Rotgießer Faaz in Nürnberg das Statut für eine „Gewerksgenossenschaft der deutschen Metallarbeiter“ zur Genehmigung ein. Ein Internationaler Metallarbeiterkongress, der am 14., 15. und 16. August 1869 in Nürnberg abgehalten wurde, beschloß die Gründung der „Gewerksgenossenschaft deutscher Metallarbeiter“ mit dem Sitz in Nürnberg.

Infolge Unstimmigkeiten mit seinem Präsidenten berief der Ausschuß der „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiter-Schaft“ durch einen Aufruf vom 27. Oktober 1869 einen allgemeinen deutschen Metallarbeiterkongress auf den 28., 29. und 30. November 1869 ein, auf dem sich alle deutschen Metallarbeiter durch Delegierte vertreten lassen, um „an dem großen Einigungswerke“ mitzuwirken. Der Kongress fand in Hannover statt. Zwischen den zwei Organisationen ist es auf dem Kongress zu einer Einigung gekommen, von da an bestand nur noch die „Internationale Metallarbeiter-Schaft“, deren Sitz bald darauf nach Chemnitz verlegt wurde. 1873 änderte man den Namen in „Internationale Metallarbeitergewerksgenossenschaft“, auf polizeilichen Einspruch mußte jedoch das Wort „Internationale“ gestrichen werden. Der Sitz der Organisation wurde 1874 nach Braunschweig verlegt, wo er bis zu ihrem Ende verblieb. Diese Gewerkschaft hatte unter den ungünstigsten Verhältnissen zu wirken. Der 1870er Krieg und die Teilnahmslosigkeit der Metallarbeiter hinderten sie an gedeihlicher Arbeit. Dazu kam der Kampf unter den zwei sozialistischen Richtungen und der Branchenfremdheit, der schon damals ziemlich Wellen schlug. Das Verlangen nach einer Vereinigung aller Metallarbeiter war aber doch schon ziemlich stark, deshalb fand vom 5. bis 9. April 1874 in Hannover ein allgemeiner Eisen- und Metallarbeiterkongress statt, der beschloß, einen „Allgemeinen Metallarbeiterverband“ mit dem Sitz in Berlin ins Leben zu rufen. Dieser Verband trat aber nicht in Tätigkeit.

Die Metallarbeitergewerksgenossenschaft hatte es bis zum Juni 1878 auf 4264 Mitglieder und eine Jahreseinnahme von ungefähr 15 000 Mark gebracht. Das war nach neunjährigem Bestehen ein bescheidenes Ergebnis. Da wurde im Oktober 1878 das Sozialistengesetz erlassen, durch das fast alle Arbeiterorganisationen vernichtet wurden.

Regierung und Unternehmertum sahen sich jedoch in der Wirkung dieser Maßregel getäuscht. Kurze Zeit nach Erlass des Gesetzes wurden wieder Fachvereine gegründet, es erschienen wieder Fachzeitungen, darunter von 1883 an auch die Deutsche Metallarbeiter-Zeitung. Zahlreiche Streiks brachen aus, für die es jedoch an genügenden Mitteln und an der Leitung fehlte. Das Bedürfnis nach Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte machte sich dringlich geltend. In welcher Form dies zu geschehen habe, darüber entbrannte der Streit: ob lokale oder zentrale, Branchen- (Berufs-) oder Einheitsorganisation für die Metallarbeiter das bessere sei. Der vom 25. bis 29. Dezember 1884 in Gera abgehaltene Metallarbeiterkongress entschied sich für eine einheitliche Zentralorganisation. Es wurde die „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ mit dem Sitz in Mannheim gegründet. Jedoch schon am 19. August 1885 wurde sie auf Grund des Sozialistengesetzes geschlossen.

Trotz der Auflösung bildeten sich in kurzer Zeit wieder zahlreiche örtliche Vereine, von denen sich viele dem politischen Kampfe zu widmen suchten und deshalb die heftigsten Gegner der Zentralisationsbestrebungen wurden. Die besten Gründe dafür lieferten ihnen die Behörden mit ihren oft mehr als widerspruchsvollen Auslegungen der Vereinsgesetze, wonach jede Tätigkeit, die über rein persönliche Zwecke hinausging, als politisch erklärt und dadurch die Verbindung der Vereine untereinander unmöglich gemacht wurde.

Im Jahre 1888 wurden wegen der zahlreichen Streiks wieder mehrfach Anregungen zur Zentralisation gemacht; es wurde auf den 27. Dezember 1888 ein Metallarbeiterkongress nach Weimar einberufen, der von 78 Delegierten aus 42 Orten beschickt war. Die Erörterungen drehten sich hauptsächlich um die Organisationsfrage. Man lehnte die Zentralisation ab und setzte je einen Vertrauensmann ein für: die Metallarbeiter im allgemeinen, die Former, die Klempner, die Schlosser und Maschinenbauer, die Schmiede. Sie sollten eine rege und geregelte Agitation betreiben und die Sache sämtlicher Metallarbeiter bei Streiks und Ausperrungen vertreten.

Wenn auch dieses Ergebnis des Kongresses zunächst wenig befriedigte, so hatte es doch zur Folge, daß sich 1889 zahlreiche Vereine bildeten, wozu die zahlreichen Lohnkämpfe und nicht zu wenig die Unternehmer durch ihre Gewaltmaßregeln beitrugen. Zu Pfingsten 1890 fand dann in Weimar ein zweiter Metallarbeiterkongress statt. Die Erörterungen über die Organisationsfrage waren wieder äußerst lebhaft, es kam aber zu keiner Änderung als der, daß noch ein Vertrauensmann für die Feilenhauer eingefügt wurde.

Wichtige Ereignisse des Jahres 1890 bereiteten dann den Boden für Zentralisierung vor. Im Februar waren die Reichstagswahlen für die sozialdemokratische Partei so günstig, daß die Regierung es unterließ, die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu beantragen. Es erlosch am 1. Oktober. In Hamburg hatten die Unternehmer die erste Maifeier zu umfangreichen Ausperrungen benützt, die große Opfer erforderten. Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter regten deshalb im August eine Konferenz aller gewerkschaftlichen Vertretungen an zur Besprechung der Frage, wie den Unternehmervorkommnissen wirksam entgegengetreten werden könne. Diese im November abgehaltene Konferenz sprach sich für die Zentralisation aus, setzte die Generalkommission der Gewerkschaften ein und beauftragte sie unter anderm auch mit Vorlage eines Organisationsplanes für einen abzuhaltenden Gewerkschaftskongress. Unter den veränderten Umständen war auch bei den Metallarbeitern die Stimmung zugunsten der Zentralisierung unaufhaltsam, die Einberufung eines Kongresses zu diesem Zwecke durch die Vertrauensmänner wurde allgemein begrüßt. Die Geister plagten jedoch über die Organisationsform heftig aufeinander, der Streit drehte sich jetzt nur noch um Branchen- (Berufs-) oder einheitsmäßige Organisation. Der Frankfurter Kongress entschied sich für die Einheitsorganisation, den Industrieverband. Er folgte damit nur dem Gebote, das ihm die technische und wirtschaftliche Entwicklung vorgezeichnet hatte.

Der neue Organisationsrahmen war also geschaffen, seine Ausfüllung stieß jedoch noch auf viele Schwierigkeiten. Es war noch ein heißes Ringen nötig, um den Industrieverband zur Anerkennung zu bringen und ihm die Bahn zu der großartigen Entwicklung frei zu machen, die er bis zum Ausbruch des Krieges durchlaufen hat. Die Fortschritte und Erfolge, die errungen, waren nur möglich durch das einige Zusammenwirken aller seinerwerbenden Kräfte und durch sein tapferes Eintreten für die Sache der Metallarbeiter-Schaft.

Mehrere hundert Kollegen können zugleich mit dem Verbands-Jubiläum ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft feiern. Unter ihnen sind viele, die an der Gründung regen Anteil nahmen und seitdem auf wichtigen Posten standen. Allen diesen Jubilaren, die die Früchte ihrer Treue zum Verband reifen sahen, senden wir herzlichste Glückwünsche.

Eines Jubilars jedoch müssen wir besonders gedenken. Vom Frankfurter Kongress wurde als Verbandssekretär gewählt Alexander Schlicke. Er bewährte sich dabei als die Seele und tüchtigste Arbeitskraft im Vorstande. Es war dann eine Selbstverständlichkeit, daß er nach dem Ausscheiden des ersten Vorsitzenden von der Magdeburger Generalversammlung auf diesen Posten berufen wurde. Wir wissen alle, was wir an Alexander Schlicke besitzen. Seine Tätigkeit für den Verband bildet den Inhalt seines Lebens der 25 Jahre. Wir handeln gewiß im Sinne aller Verbandskollegen, daß wir ihm hierdurch in ihrem Namen zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum die herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Von den Kollegen, die zur Verteidigung unseres Landes gerufen wurden, ruhen bereits über 13 000 in kühler Erde, die meisten davon im fremdem Lande. Ihrer gedenken wir mit Wehmut und Trauer. Über 300 000 stehen noch im Kriege. Diesen Streikern allen senden wir herzlichste Grüße. Möge es ihnen bald vergönnt sein, des Krieges Waffen mit den Werkzeugen des Friedens zu vertauschen.

Unser Verband hat den Erschütterungen des Krieges widerstanden, er hat sich auch da als sichere Stütze der Mitglieder bewährt. Seine gelichteten Reihen wieder zu verstärken, wird uns nach Einkehr des Friedens sicherlich bald gelingen. In dieser Zuversicht wollen wir die Arbeit beim Eintritt ins zweite Vierteljahrhundert des Verbandes beginnen.

Ein Vierteljahrhundert Deutscher Metallarbeiter-Verband

Als am 4. Juni 1891 der Allgemeine deutsche Metallarbeiterkongress in Frankfurt a. M. die Gründung einer „allgemeinen Metallarbeiterunion mit nach Lage der Verhältnisse zu errichtenden Fachsektionen“ beschloß, brachte er wohl den Streit über die Organisationsfrage für einen großen Teil der Metallarbeiter, leider aber nicht für alle zum Abschluß. Außerdem aber brachte er die gleiche Streitfrage für beinahe alle anderen Gewerkschaften ins Rollen. In seinen Aufgaben unterschied sich der neu gegründete Verband, welche Bezeichnung bei der Statutenberatung an Stelle des Fremdwortes Union gewählt wurde, in nichts von anderen Gewerkschaften. In den Vordergrund stellte er „die Beschränkung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Sonntagsarbeit, der Überstunden und der Altkordarbeit unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und deren Familien ausreichend ist“. Ebenso führte er als weitere Aufgaben auf: Die Unterstützung in Notfällen, auf der Reise sowie in allen den Fällen, in denen eine Unterstützung zur Erreichung des Zweckes notwendig ist; freien Rechtsschutz in gewerblichen und solchen Streitigkeiten, in welche die Mitglieder infolge ihrer Verbandstätigkeit verwickelt werden, und schließlich sah er Pflege der Berufstätigkeit und Regelung des Arbeitsnachweises und Herbergswesens vor. Er stellte sich also Aufgaben, wie sie fast alle anderen Gewerkschaften auch haben und unterschied sich hierin höchstens in bezug auf besondere Berufserfahrungen.

Der wesentliche Unterschied gegenüber den anderen Gewerkschaften lag in der Zusammensetzung des Verbandes, in der Organisationsform, die sich weniger aus dem Namen als aus dem Statut ergibt. Nach § 3 dieses war zum Beitritt berechtigt jeder in der Metallindustrie Beschäftigte, sofern er sich dem Statut unterwirft. An sich war eine Organisation der Metallarbeiter nichts neues. Auch vor dem Sozialistengesetz bestanden schon Verbände der Metallarbeiter, sie wurden aber als Berufsverbände aufgefaßt und umfaßten auch nur solche Arbeiter, die mit der Metallverarbeitung unmittelbar zu tun hatten. Anders der neue Verband; er wollte neben diesen Arbeitern auch alle übrigen Arbeiter in großen gemischten Betrieben aufnehmen, um ihnen zu größerer Schlagfertigkeit zu verhelfen. Daß in den Köpfen der Metallarbeiter der damaligen Zeit solche Pläne reifen konnten, ergab sich aus den jüngsten Kämpfen mit den Unternehmern, die sich ohne Rücksicht auf die Zusammensetzung ihrer Betriebe in einem Verband der Metallindustriellen organisierten und auch ihre Gegenmaßnahmen gegen die Streiks der Arbeiter ohne Rücksicht auf die bei ihnen beschäftigten Berufe trafen. Wie jeder neue Gedanke sich halb Freunde, dagegen viel mehr Gegner erwirbt, so ging es auch diesem durch Errichtung unseres Verbandes verwirklichten Einheitsgedanken des Industrieverbandes, der nicht nur die Metallarbeiter, sondern alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und des Berufs organisieren wollte. Das zeigte sich schon auf dem Kongress selbst, wo die Vertreter wie auf seinen beiden Vorgängern in Weimar heftig aufeinanderprallten. Das wurde auch nicht besser, nachdem der Kongress mit überwältigender Mehrheit die Organisationsfrage entschieden hatte. Die bestehenden Zentralverbände der Schmiede und der Schlosser und Maschinenbauer lehnten mit dem Industrieverband auch einen Übertritt zu ihm ab. Der damalige Verband der Werftarbeiter erklärte sich zwar für eine allgemeine Metallarbeiterunion, verlangte aber eine Sonderstellung für die Werftarbeiter wegen ihrer innigen Verbindung mit den Hafnarbeitern und Seeleuten. Nicht anders die Vertreter des Verbandes der Berliner Metallarbeiter und Arbeiterinnen. Sie erklärten sich zwar für eine allgemeine Metallarbeiterunion, aber „zurzeit außer Stande, ihr beizutreten, da die gegenwärtig bestehende und unter dem Druck der Verhältnisse neu geschaffene Organisation (der Berliner Metallarbeiter) erst noch Zeit zur Kräftigung bedarf“. Sie „werden jedoch in dem Falle, daß der Kongress die Union beschließen sollte, die Beschlüsse des letzteren stets anerkennen und ihr jede sonstige Förderung angedeihen lassen“. Solche Erklärungen hätten die anderen Verbände auch abgeben und für die Union stimmen können, denn grundsätzlich konnten auch sie unter bestimmten Vorbehalten nicht dagegen sein. Die beiden Verbände der Kupferschmiede und der Gold- und Silberarbeiter hatten den Kongress nicht besucht und hielten sich bestwogen an seine Beschlüsse nicht gebunden. Die seit Jahren erörterte Idee des Industrieverbandes auf zentraler Grundlage hatte gesiegt, sie hatte aber diesen Sieg nur durch Ingepäandnisse recht bedeutlicher Art erreichen können. Kein Wunder, wenn sich daraus sofort weitere Schwierigkeiten ergaben. Einige der Delegierten zum Frankfurter Kongress erkannten diese auch sofort und gaben ihren Bedenken oder ihrer Genugtuung, je nach ihrer Stellung zum Industrieverband, lebhaften Ausdruck. Die Schwierigkeiten zeigten sich sofort bei Annahme der ersten praktischen Betätigung. Die zum Kampfe der Metallarbeiter für ihre Gleichberechtigung mit den Unternehmern neugeschaffene Organisation mußte kämpfen um ihre Anerkennung in den eigenen Reihen und kämpfen um ihre Durchsetzung in der übrigen Arbeiterschaft.

Der Sitz des neuen Verbandes wurde aus vereinsgesetzlichen Gründen nach Stuttgart verlegt, dessen Metallarbeiterschaft, um die Idee der Einheitsorganisation zu fördern, gerade im Begriff stand, die Fachvereine der einzelnen Berufe zu einem örtlichen Industrieverband zusammenzufassen. Das erschwerte die Agitation der neugeschaffenen Zentralorganisation ganz bedeutend; denn die Mehrheit, die der Frankfurter Kongress den Vertretern zeigte, glaubten die Stuttgarter auch für sich in Anspruch nehmen zu können. Sie vereinbarten mit dem damaligen Verbandsvorsitzenden einen Ausgleich, nach dem sie als Lokalverband selbständig bleiben, aber für die von ihnen bestimmten Mitglieder des Verbandsvorstandes die Beiträge an den Zentralverband einzulösen wollten. Diese Mitglieder sollten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden. Diese Vereinbarung erschien den übrigen in Frankfurt a. M. gewählten Verbandsbeamten unzulässig, und sie bestanden auf Errichtung einer Verwaltungsstelle. Die Leitung des Lokalvereins hielt

dies für ausgeschlossen, schlug aber selbst die Probe aufs Exempel vor. Sie erklärte sich zur Einberufung einer öffentlichen Versammlung bereit, in der der Verbandssekretär unter Beobachtung strengster Neutralität ihrerseits das Programm des neuen Verbandes entwickeln sollte. Das geschah am 4. Juli 1891; ungefähr 80 Metallarbeiter waren anwesend, und nach heftiger Debatte gerade mit den „neutralen“ Einberufenen, die erst die Masse allein entscheiden lassen wollten, wurde mit großer Mehrheit die erste Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit einem Anfang von 61 Mitgliedern errichtet. Einer der vom Lokalverband bestimmten Vorstandsmitglieder schied aus, die übrigen traten zum Zentralverband über und wurden dort als Beisitzer zum Vorstand gewählt. Damit war der Grund zur Stuttgarter Verwaltungsstelle, aus der die Vorstandsmitglieder, soweit sie nicht von der Generalversammlung bestimmt werden, hervorgehen, gelegt, die Streitigkeiten aber nicht beseitigt.

Was in Stuttgart geschah, war nur das Vorspiel späterer Ereignisse. Außer Stuttgart wollten Magdeburg, Halle und andere Orte Norddeutschlands eine Ausnahmestellung immer unter Berufung auf Berlin, aber aus wesentlich anderen Gründen eingeräumt haben. Während Berlin seine Ausnahmestellung mit der eben vollzogenen Umformung der Organisation begründete, waren es für jene Orte grundsätzliche Abweichungen über die Aufgaben und demzufolge die Form der Organisation. Die Gewerkschaften sollten Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie sein, demzufolge sich mit Politik befassen und durften mit anderen Vereinen nach den meisten damaligen Vereinsgesetzen nicht in Verbindung stehen. Hinzu kam noch, daß ein Teil der auf dem Kongress überstimmten Former und Gießereiarbeiter sich unter Führung ihrer Vertrauensmänner Schwarz und Grenz in dem Zentralverein der deutschen Former eine eigene Organisation schufen, die am 1. Oktober 1891 ins Leben trat. Trotzdem also der allgemeine deutsche Metallarbeiterkongress in Frankfurt a. M. durch Gründung der Einheitsorganisation der Metallarbeiter den Kampf um die Organisationsform für die Metallarbeiter entschieden hatte, tobte der Kampf in ihren Reihen munter weiter und verdamnte alle ihre Organisationen gerade in der Zeit des größten Druckes durch das eben erst organisierte Unternehmertum zu vollständiger Untätigkeit.

Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß in den ersten Jahren keine der Organisationen rechte Fortschritte machte, daß selbst die Anschlüsse der örtlichen Vereine zögernd erfolgten, so daß der Metallarbeiter-Verband bei Beginn seiner Tätigkeit am 1. August 1891 noch nicht einmal 18000 Mitglieder gegen angeblich 30252 der Fachvereine aufwies. Kaum eine Versammlung konnte abgehalten werden, ohne daß die Geister aufeinanderprallten, und zwar nicht nur mit den abseits stehenden Verbänden, sondern auch mit dem in Berlin. Mit diesem, wie mit dem Werftarbeiterverband, war nach dem Kongress ein Vertrag abgeschlossen worden. Während letzterer praktisch nicht in Betracht kam, bestand der mit Berlin zwei Jahre bis zur ersten Verbandsgeneralversammlung in Altenburg. Diese hob den Vertrag auf und beauftragte den Vorstand mit der Gründung einer eigenen Verwaltungsstelle, die dann auch mit dem sicher sehr bescheidenen Anfang von 30 Mitgliedern erfolgte. Damit war auch zwischen dem Berliner Verband und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband der Fehdezustand eingetreten.

Die Schwierigkeiten nahmen gerade in der Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes, wie er die Jahre 1891 bis 1895 kennzeichnete, sehr großen Umfang an. Die Agitation in dieser Zeit war nicht besonders fruchtbar, kein Wunder, daß man immer und immer wieder dem andern die Schuld daran beimaß. Das wurde erst anders mit dem Eintritt eines besseren Geschäftsganges, der allen Gewerkschaften ernstere Aufgaben stellte und sie für diese in erster Linie in Anspruch nahm. Das läßt die Zunahme der Mitglieder erkennen. Während diese in den ersten fünf Jahren ungefähr 10000 von 23205 am Ende 1891 bis 33189 am Ende 1895 betrug, stieg sie im Jahre 1896 allein auf 49954, 1897 auf 59890, 1898 auf 75431 und bis Ende 1900 auf 100763, im Jahre 1905 wurde das zweite Hunderttausend überschritten, schon im folgenden Jahre das dritte, 1910 das vierte, 1911 das fünfte Hunderttausend. Anmittelbar vor Ausbruch des europäischen Krieges zählte der Verband 531991 Mitglieder, während er 1912 mit 561547 den höchsten Stand aufwies. Daß die Zahl unter dem Kriege selbst bedeutend zurückging, erklärt sich aus der großen Zahl der Einberufenen auch der älteren Jahreshklassen. Mit der Erstarkung des Verbandes vergrößerten sich seine Angriffsflächen. Die Kämpfe mit dem Unternehmertum wiesen mehr und nachhaltiger als alle Reden und Flugschriften auf die Gemeinsamkeit der Interessen aller Metallarbeiter hin und ebneten den Boden für den Zusammenschluß der noch abseits stehenden Vereine. Schon im Jahre 1892 war der Verband der Schlosser und Maschinenbauer, der nur zum Zweck der Erschwerung der Errichtung eines allgemeinen Metallarbeiterverbandes einige Monate vor diesem gegründet worden war, zum Verband übergetreten. 1897 folgte ihm der Lokalverband Berliner Metallarbeiter, 1899 der Gold- und Silberarbeiterverband, 1901 der Zentralverein der Former und Gießereiarbeiter, 1904 der örtliche Verein der Diamantarbeiter, 1905 der Werftarbeiterverband, 1907 der 1897 ins Leben getretene Verband der Graveure und Ziseleure und 1912 der Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen. Inzwischen hatte aber auch im Verband selbst sich eine Umwandlung vollzogen. Nach und nach kam man auch hier zu einer Zusammenfassung der Kräfte. Hier und da hatte man mit der Verschmelzung der bestehenden Fachsektionen und örtlichen Bezirksverwaltungen begonnen und damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Bald folgten andere und im Jahre 1903 war die Stimmung schon so allgemein, daß die Generalversammlung die Bestimmung, wonach an „einem Orte mehrere Verwaltungsstellen oder Fachsektionen errichtet werden können“, aus dem Statut strich.

Konnte sich der Industrieverband unter den Metallarbeitern nach und nach durchsetzen, so nicht in gleichem Maße unter den übrigen Gewerkschaften.

Zwar setzte die Diskussion lebhaft ein, es kam auch zu manchen Zusammenhängungen, aber offenbar waren die Verhältnisse noch nicht reif. Die Gewerkschaftskongresse verlagten zwar unserm Verband die Anerkennung nicht, verneinten aber bis in die neueste Zeit hinein die Berechtigung der Betriebsorganisation, wie sie gerade den Gründern unseres Verbandes vorgeschwebt hat und uns heute noch vorschwebt. Im allgemeinen Interesse haben wir uns dieser Anschauung gefügt, auch wenn wir sie nicht für richtig halten. Da der größte Teil der uns gestellten Aufgaben heute noch nicht zur Lösung reif ist, können wir uns in diesem Punkte in Geduld ergeben. Die fortschreitende Technik, die soviel Abgrenzungen der einzelnen Berufe verwischt hat, wird auch hier, ehe es zu spät ist, den Arbeitern den richtigen Weg weisen.

Gerade die Unfruchtbarkeit der Agitation in den ersten Jahren leistete der aus der sozialistengesellschaftlichen Zeit übernommenen Auffassung, daß die Gewerkschaften nur Kampfesorganisationen seien und dieser ihr Charakter durch Unterstützungseinrichtungen beeinträchtigt werden könnte, Vorschub. Niedrige Beiträge, die jeder zahlen kann, war die allgemeine Auffassung, zumal da die Unterstützung allein, ohne die Begeisterung und Überzeugungstreue, keinen Kampf zur Entscheidung bringen können. Schon auf dem Gründungskongress in Frankfurt a. M. war die gegenteilige Meinung vertreten. Auf den folgenden Generalversammlungen kam sie immer wieder zum Vorschein. Hohe Beiträge nicht nur zum Kampfe, sondern zur Sicherung des Erreichten. Schon auf der ersten Generalversammlung mußte zur Erhöhung der Verbandseinnahmen geschritten werden. Da es direkt nicht ging, geschah es auf Umwegen durch einen vierteljährlichen Extrabeitrag zu Kampfeszwecken und für Delegationskosten. 1895 erfolgte dann die Erhöhung der Wochenbeiträge von 15 auf 20 Pf., 1899 von 20 auf 30 Pf. für männliche und von 5 auf 10 Pf. für weibliche Mitglieder, 1903 auf 40 und 15 Pf., 1905 auf 50 und 20 Pf., 1907 auf 60 und 25 Pf. und 1911 auf 70 und 30 Pf. 1899 wurde die Arbeitslosenunterstützung eingeführt und diese 1905 zu einer Erwerbslosenunterstützung auch im Krankheitsfalle erweitert. Die Bedenken, daß durch die Einführung von Unterstützungseinrichtungen der Kampfesmut unter den Arbeitern nachlassen würde, haben in unserm Verband keine Befestigung erfahren. Im Gegenteil, sobald der Verband über ausreichende Mittel zur Unterstützung von Streiks verfügte, sehen wir auch die Mitglieder sich rühren, was kurz nachfolgende Zahlen dartun mögen. Vom Jahre 1891 bis 1899, also bis zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung, hatte der Verband 310 Streiks mit 10842 beteiligten Verbandsmitgliedern durchgeführt, von 1900 bis 1905, also bis zur Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung zur Erwerbslosenunterstützung, waren es 789 Streiks mit 39563 beschäftigten Verbandsmitgliedern. Das Jahr 1906 weist allein 319 Streiks mit 24361, das Jahr 1912 402 Streiks mit 30956 beteiligten Verbandsmitgliedern auf. Diese Zahlen gewinnen an Bedeutung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade durch die Streiks die Aussperrungstaktik der Unternehmer von neuem entfacht wurde und daß unser Verband bis zum Jahre 1900 ängstlich jeder Aussperrung ausweichen mußte. Während er von 1901 bis 1905 an 76 Aussperrungen mit 35819 Mitgliedern beteiligt war, nahm er 1906 allein 46 Aussperrungen mit 17448 Mitgliedern auf sich und verhinderte 1910 die von der Unternehmerorganisation geplante Aussperrung dadurch, daß er ihr nicht auswich. Im folgenden Jahre konnte er auch wieder 55 Aussperrungen mit 52221 Mitgliedern abwenden. *Kamisch Beweis genug, daß der Kampfesmut der Mitglieder sich nicht in absteigender Linie bewegt.*

Gleichzeitig stieg auch der Einfluß der Organisation. Dieser kommt in der Erlebigen von Streitigkeiten ohne Streit zum Ausdruck. Während diese in den ersten zehn Jahren fast verschwindend gering waren, so daß sie nicht aufgezeichnet wurden, sehen wir sie von 1904 an in stetigem Steigen begriffen. 1904 wurden von je hundert Streitfällen 55,7 ohne Streit erledigt, im Laufe der Jahre steigt diese Zahl fortgesetzt, allerdings nicht ohne Schwankungen. So stellte sie sich auf 56,9 im Jahre 1905; 61,8 in 1906; 67,7 in 1907; 68,2 in 1908; 69,4 in 1909; 70,9 in 1910; 69,5 in 1911; 74,7 in 1912; 69,7 in 1913 und 73,8 in 1914.

Mit der durch die Ausdehnung des Verbandes sich vergrößernden Reibungsfläche mußte auch die Taktik eine andere werden. Was sich als undurchführbar erwies, mußte aus dem Programm entfernt werden. Trotz seiner statutarischen Bestimmung, die die Beseitigung der Altkordarbeit forderte, war der Verband gezwungen gewesen, gerade Kämpfe zu ihrer Festigung durch ihre Regelung zu führen. Die Folge war die Aufgabe einer Bestimmung, die sich nach Lage der Sache und nach Auffassung weiter Kreise von Mitgliedern als unhaltbar erwies. Die Generalversammlung in Nürnberg im Jahre 1901 strich daher die bisherige Bestimmung und stellte als künftiges Programm auf: „Die Beschränkung der Arbeitszeit und der Altkordarbeit, Beseitigung der Überstunden und der Sonntagsarbeit.“

Aber auch dieses Programm hatte nur kurzen Bestand. Die Frage kollektiver Arbeitsverträge trat immer mehr in den Vordergrund. Man wollte nicht immer und immer nur kämpfen, sondern das Erklärteste vertraglich gesichert sehen. Die folgende Generalversammlung in Berlin 1903 nahm zu dieser Frage Stellung, sprach sich für Abschluß von Arbeitsverträgen aus und brachte dies auch im Statut zum Ausdruck durch Annahme der noch heute geltenden Programmbestimmungen, wonach der Zweck des Verbandes unter anderem erreicht werden soll durch „Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung durch kollektive Arbeitsverträge.“

War diese Bestimmung auch nur durch Anerkennung eines bestehenden Zustandes entstanden — im Jahre 1903 bestanden bereits 32 solcher Verträge für 2108 Betriebe mit 11862 Personen — so verfehlte sie ihre Wirkung auf die Unternehmer, namentlich die der Großbetriebe, nicht. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit konnte man von ihnen hören oder lesen, daß sie Tarifverträge ablehnen. Als ob Tarifverträge nicht an bestimmte Voraussetzungen gebunden wären, und als ob unser Verband diese Voraussetzungen schon überall für gegeben betrachtete. Nichtsdestoweniger sind auch die „grundsätzlichen und unerschütterlichen Gegner“ von Tarifverträgen schon zu ähnlichen Vereinbarungen genötigt worden und haben sich, juristisch

gesprochen, des Versuches, einen Verstoß gegen ihre Grundsätze zu begehen, schuldig gemacht durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses „Verbrechens oder Vergehens“ enthalten. Doch sei dem, wie ihm wolle, auch hier wird der Tag kommen, wo möglicherweise die Rollen vertauscht sind. Daß auch die Vertragsidee in der Metallindustrie marschiert, beweist die Tatsache, daß wir von 1904 von 97 Verträgen in 4137 Betrieben mit 25406 Arbeitern bis 1913 auf 1236 Verträge in 15767 Betrieben mit 194104 Arbeitern gestiegen sind. Selbst das Kriegsjahr 1914 schloß mit 1145 Verträgen in 14063 Betrieben mit 128924 Arbeitern ab. Dabei will der Verband keineswegs Tarifverträge in jedem Falle und um jeden Preis, sondern nur da, wo die Gewähr dafür vorhanden ist, daß sie ihren Zweck, Sicherung der Arbeitsverhältnisse auf bestimmte Zeit, erfüllen. Voraussetzung für eine solche Gewähr sind vertragsfähige und vertragsbereite Organisationen auf beiden Seiten.

Seiner ersten Aufgabe, der Besserung der Lage seiner Mitglieder, ist der Verband treu geblieben trotz aller seiner Unterstützungseinrichtungen. Daß diese aber in Zeiten des geschäftlichen Niederganges für die Mitglieder sehr notwendig gewesen sind, haben gerade die letzten Krisenjahre bewiesen. Ohne die Unterstützung im Verband wäre er über diese nicht so glatt hinweggekommen, und daß es auch in solcher Zeit mehrfach gelungen ist, durch entsprechende Regelung der Arbeitszeit einer Massenarbeitslosigkeit vorzubeugen, ist auch kein Zeichen von Schwäche seiner Mitglieder.

Wenn wir uns dies vergegenwärtigen und uns vor Augen halten, welchen ungeheuren Anforderungen unser Verband gerade im zweiten Halbjahr 1914 gerecht werden mußte und konnte, dann werden wir erkennen, wie gut wir oder unsere Vordern beraten waren, als sie vor 25 Jahren diese Form der Organisation wählten. Gerade die Vereinigung aller Berufe der Metallindustrie in einem Verband gibt uns die Kraft und den Rückhalt, größere Schwierigkeiten zu überwinden sowohl bei unseren Kämpfen wie bei allen anderen Fahrnissen aus dem Arbeitsverhältnis. Nicht alle Berufe trifft die Arbeitslosigkeit gleichzeitig, nicht alle Berufe schreiten gleichzeitig zum Kampf, und dadurch findet gerade der Bedrängte Deckung durch den weniger oder gar nicht Bedrängten. Aber auch den durch fortschreitende Technik bedingten Berufsveränderungen und Verschiebungen hat unser Verband bisher Rechnung tragen können und Rechnung getragen. Lehrreich ist die hinter uns liegende Zeit, alte Berufe sind vergangen, neue entstanden. Jede Verbesserung an den technischen Hilfsmitteln schaltet alte, lange bestehende Berufe aus, nimmt vorlieb mit weniger geschulten oder einseitig ausgebildeten Arbeitern, erhöht aber dadurch den Wert der Wenigen, die berufen sind, gerade an der Verbesserung der Technik mitzuwirken, ihr die Wege zu ebnet. Gerade hierin hat unsere Organisation oder richtiger der ihr zugrunde liegende Gedanke sich vortrefflich bewährt, und gerade das ist es, was dem Unternehmertum gar so übel auffällt. Daß die Metallarbeiter organisiert sind, muß es wohl oder übel in Kauf nehmen, daß aber gerade die tüchtigsten, die zur Aufrechterhaltung der Betriebe unentbehrlichsten unter ihnen mit jedem Hilfsarbeiter zusammen einer Organisation angehören, sich nicht über diese erhaben fühlen, das erscheint ihm unbegreiflich, und noch unbegreiflicher, daß der hochqualifizierte Arbeiter es sogar für seine Pflicht betrachtet, unter Umständen für den weniger qualifizierten seine Stellung zu opfern und den Kampf zu wagen. Und dennoch ist gerade diese Erscheinung klar, sie ist nicht das Verdienst unserer Organisation, sondern vornehmlich des Umstandes, daß der Arbeiter ungenügend diese Wirkung der technischen Entwicklung beobachten kann und in ihr sein eigen Schicksal vor Augen sieht. Will er diesem entgehen oder es für sich mildern, so kann er es nur durch Solidarität mit dem, der ihn zu ersetzen berufen ist. Und diese Solidarität in ihm wachgerufen zu haben, die Überzeugung ihrer Notwendigkeit ständig wach zu halten, ist die Aufgabe unserer Organisation, der sie nunmehr 25 Jahre treu nachgekommen ist.

Jeder unserer Kollegen, der als Zeitgenosse von Anbeginn unseres Verbandes an seine Entwicklung hat beobachten können, ist ein Stück Ursache dieser Entwicklung wie der Entwicklung selber, jeden von ihnen wird es heute mit Freude und Genugtuung erfüllen, den ersten Schritt vor 25 Jahren mit getan zu haben. Jeder wird aber auch überzeugt sein, daß wir nur einen Teil, einen winzigen Teil unserer Aufgabe erfüllt haben, und daß noch viele und schwerere unserer harrten. Mit Sorge und Trauer denken wir heute derer der Unseren, die fern von uns, fern von Weib und Kind, von Eltern und Geschwistern dem rauhen, ihnen ungewohnten Kriegshandwerk obliegen und, durch bange Sorge in Beschlag genommen, heute wohl kaum in Gedanken bei uns sein können. Unsere Gedanken sind dafür bei ihnen, unser heißester Wunsch auf baldige heile Rückkehr gehört ihnen. Möge bald die Zeit kommen, wo wir in friedlicher Arbeit mit ihnen gemeinsam dort wieder beginnen können, wo wir ohne sie an der Arbeit gelähmt worden sind, an der Weiterentwicklung und Stärkung unseres gemeinsamen Bauwerkes, unserer Organisation.

So stehen wir an unserm heutigen Subeltag ernst gestimmt, doch innerlich befriedigt, vor unserm Werk. Der vor einem Vierteljahrhundert gegründete Bund hat sich trotz aller gegenteiligen Prophezeiungen als lebensfähig erwiesen. Er hat sich entwickelt, wie keiner der Gründer es sich je hat träumen lassen. Wird er sich über die Zeit der jetzigen Völkerverwirrung halten können, wird er auch weiterhin darüber hinaus eine Entwicklung nehmen, die ihn als Verfechter der Interessen der Metallarbeiter sich zu bezeichnen berechtigt? Diese bange Frage drängt sich heute gewalttätig auf und dennoch ist sie unbedeutend. 25 Jahre Organisationsentwicklung sind 25 Jahre Organisationsarbeit. 25 Jahre Organisationsarbeit bedeuten 25jähriges Zusammenwirken aller für alle. Hat uns dieses gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege, was versperrt uns diesen für die Zukunft? Nichts. Einig im Wollen, einig im Handeln, das war das große Rätsel unseres bisherigen Erfolges, es wird es auch später sein. Einig im Wollen, einig im Handeln lehrte uns die Vergangenheit, ziehen wir daraus die Nutzenwendung für die Zukunft. Einig mit den Gründern unseres Verbandes, mit dem sie befehlenden Gedanken treten wir heutigentags zukunftstrotz in das zweite Vierteljahrhundert unserer Organisation ein. Alexander Schliße

Unser Verband und die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften

Das Dichtervort: „Es wächst der Mensch mit seinen größern Zwecken“ gilt nicht nur für das Einzelwesen, sondern auch für die zu einem bestimmten Zweck vereinigten Menschen. Nichts bleibt sich gleich, alles ändert Form und Inhalt. Der Aufstieg von der niederen zu der höheren Form ist das allgemein gültige Entwicklungsgesetz für Natur und Gesellschaft. Was sich nicht als entwicklungsfähig erweist, unterliegt im Wettlauf um die stärkere und lebensfähigere Form.

Das gilt auch für die Gewerkschaften. Wären sie das geblieben, was sie bei ihrem Eintritt in die neuere Geschichte waren und hätten sie ihre Tätigkeit nicht über den aus dem damaligen Stande der Erwerbsverhältnisse abgeleiteten Aufgabenkreis hinaus ausgedehnt, so würden sie selbst das ursprünglich gesteckte Ziel kaum erreichen. Es ist ureigenes und inneres Bedürfnis jeder gewerkschaftlichen Vereinigung, über das Anfangsziel hinauszustreben, nach und nach immer mehr Tätigkeitsgebiete in ihren Aufgabenkreis einzubeziehen.

Außerordentlich mannigfaltig ist das wirtschaftliche, soziale und geistige Leben innerhalb der Volksgemeinschaft. Auf diesem Nährboden entstehen die verschiedenartigsten Ansichten, Wünsche und Ziele der Vereinsgenossen, die ihren Ausdruck im Vereinsleben, in dem Drange nach vorwärts finden. „Es bringt die Zeit ein anderes Gesetz.“ Meist vollziehen sich die angestrebten Neuerungen unter großen Schwierigkeiten und starken inneren Kämpfen. Was die einen als ein dringendes Bedürfnis für die Weiterentwicklung der Vereinigung ansahen, damit sie das gesteckte Ziel erreiche, betrachteten die anderen mit nicht geringerer Sorge als eine Lebensgefahr für sie. Und immer wieder wirkt das rasch pulsierende wirtschaftliche Leben, das auch die Beziehungen der Völker der Erde zueinander stark beeinflusst, neue soziale Fragen auf. Dabei gehen den Gewerkschaften nicht, wie man einst gemeint hat, infolge der Einführung der Sozialversicherung wichtige Arbeitsgebiete dauernd verloren, sondern sie erschließen sich ihnen damit erst.

Bei der Gründung unseres Verbandes und in den ersten Jahren seines Bestehens überwog die Anschauung, daß die Gewerkschaften keine andere Aufgabe haben, als „dem Druck und der Bevormundung der Arbeiterschaft durch das Unternehmertum entgegenzutreten“ und darüber hinaus eine Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Das ist auch heute noch ihre Hauptaufgabe und wird es auch bleiben. Aber selbst dieses Hauptziel blieb damals nicht unangefochten. Weitverbreitet war die Ansicht, daß Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen zwecklos seien, weil der Kapitalismus den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich mache und nur die endgültige Befreiung der Lohnarbeit vom Kapitalismus die erhoffte Lösung bringen könne. Die Gewerkschaften wurden vielfach nur als „Vorschulen“ für die politische Partei bewertet.

Lebensgeschichtliche Auseinandersetzungen hat die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unsern Verband von dem ersten Versuch auf der Generalversammlung zu Braunschweig im Jahre 1897 bis zur endgültigen Lösung 1899 in Halle hervorgerufen. Mit diesem Schritt haben die Gewerkschaften eine der brennendsten, im Vordergrund der öffentlichen Erörterung stehende soziale Frage für ihre Mitglieder gelöst. Die wertvollen Dienste, die sie außer der Hilfe aus Not und Elend für den einzelnen Arbeiter der Gesamtheit des Volkes geleistet haben, wird erst eine spätere Geschichtsschreibung feststellen können. Unserm Verband fällt an der Lösung dieser Frage ein erheblicher Anteil zu. Als der erste einer hat er sich trotz der geltend gemachten Bedenken an die Bewältigung der schwierigen Aufgabe gewagt. Seitdem sind 17 Jahre vergangen. Lieft man das Für und Wider heute nach, so meint man Stimmen aus einer ferneren Vergangenheit zu vernehmen, so vollständig sind die Auffassungen aus jener Zeit der Gärung und Neugestaltung in den Gewerkschaften aus dem Gedankenkreis der Gegenwart verschwunden. Das in den Unterstützungsheimrichtungen liegende Gute und Nützliche hat sich restlos durchgesetzt. Nicht eine Verminderung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften, sondern deren Stärkung war die Folge.

Fast alle Zentralverbände haben die Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung, viele beide Unterstützungen eingeführt. Bis Ende 1915 wurden von den Zentralverbänden 93 007 446 Mk. für Arbeitslosen- und 93 469 227 Mk. für Krankenunterstützung ausgegeben, darunter vom Deutschen Metallarbeiter-Verband allein 27 320 348 und 26 379 019 Mk. Damit ist die Aufgabe aber nicht erschöpft. Jetzt handelt es sich darum, die Reichsarbeitslosenunterstützung, das Recht auf Arbeit und Dasein zu erkämpfen. Auf rastloses Betreiben der Gewerkschaften ist durch die Einführung gemeindlicher Unterstützungsheimrichtungen der Arbeitslosenwohl teilweise gesteuert worden. Wir nehmen das als Abschlagszahlung an, fordern aber nach wie vor vom Staat soziale Hilfeleistung für die wirtschaftlich schwachen Kräfte des Volkes. In den Satzungen der gemeindlichen Arbeitslosenunterstützung finden sich neben sozialverständigen Vorschriften recht engherzige Bestimmungen, deren Ausmerzung unsere allerhöchste Aufgabe ist. Die von den Gewerkschaften gewährte Unterstützung darf auf die gemeindliche oder spätere reichsgesetzliche Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet werden. Sie muß für die unorganisierten Arbeiter die Hauptunterstützung, für die organisierten eine Ergänzungsunterstützung sein. In einer Anzahl von Fällen ist es bereits gelungen, die für die Gewerkschaftsmitglieder wichtigsten Bestimmungen aus den Satzungen der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge wieder zu entfernen.

Ein weiteres wichtiges soziales Arbeitsgebiet ist die Regelung der Arbeitsvermittlung, an der unser Verband besonders lebhaft beteiligt ist. Wir erinnern uns, daß die Fortwörter in Hamburg und Braunschweig 1888 eigene Arbeitsnachweise gründeten, deren Anerkennung sie von den Unternehmern verlangten. Zur gleichen Zeit trat aber auch der Verband der Eisenindustrie Hamburgs als erste Unternehmerorganisation mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises auf den Plan und forderte dessen Benützung durch

die Arbeiter. Diesen aber war der Arbeitsnachweis am Krakenlamp als ein Maßregelungsbüro schlimmster Art bekannt. Ganz offen bezeichneten die Unternehmer die Ausschließung „mißliebiger“ Arbeiter von der Arbeitsgelegenheit als das Ziel ihrer Arbeitsnachweise. Heute sprechen sie das nicht mehr so offen aus, bestreiten das zuweilen sogar, handeln aber sehr häufig, namentlich bei Streiks und Ausperrungen, noch trügig danach. Infolge dieser Verhältnisse kam es zu der für die damalige Zeit großen Formierungsbewegung von 1888 bis 1890, bei der die Arbeiter wegen der schlechten Organisation und der Größe des gesteckten Zieles unterlagen; sie konnten die Anerkennung ihres Arbeitsnachweises nicht erreichen. Der von einer gemeinschaftlichen Kommission im Frühjahr 1890 ausgearbeitete „Vertrag über die Errichtung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises zwischen dem Verband der Eisenindustrie Hamburgs und den Metallarbeitervereinen in Hamburg-Altona“ wurde von einer großen Metallarbeiterversammlung abgelehnt. Von den Unternehmern erfolgte daraufhin in fast allen Großstädten des Reiches nach und nach die Gründung von Arbeitsnachweisen nach dem Hamburger Muster, die rücksichtslos jeden Arbeiter von der Arbeitsgelegenheit ausschlossen, der sich für die Arbeiterschaft einsetzte. Den Aufstieg der Gewerkschaften vermochte diese Verfolgungstaktik nicht zu hindern; sie setzten sich allen Hemmungen zum Trotz durch.

Mit der Errichtung gemeindlicher Arbeitsnachweise bahnte sich eine neue Entwicklung an. Mehr und mehr gewann die Überzeugung an Boden, daß der Arbeitsnachweis gemäß seiner allgemeinen Bedeutung für das öffentliche Wohl aus der Reihe der Kampfmittel der Unternehmer und der Arbeiter ausgeschieden und als Einrichtung für das allgemeine Volkswohl betrachtet werden müsse. Auch in dieser Frage sind die Gewerkschaften die Träger des neuen Gedankens. Lange und zähe haben sie daran festgehalten, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter gehört. Nachdem aber die öffentliche Bedeutung der Arbeitsnachweise immer stärker hervortrat, zögerten sie keinen Augenblick, sich der veränderten Sachlage anzupassen. Wertvolle Errungenschaften müßten einzelne Gewerkschaften preisgeben, wenn der Arbeitsnachweis vollständig vergemeindlicht oder verstaatlicht würde. Die beste Lösung wird die Errichtung und der Ausbau gemeinnütziger öffentlicher Arbeitsnachweise sein, denen gemeinschaftlich verwaltete Facharbeitsnachweise ergänzend zur Seite zu treten hätten.

An der Neugestaltung des Arbeitsnachweises nehmen die Gewerkschaften den größten Anteil. Sie sind es gewesen, die als die ersten auf die unzulänglichen Einrichtungen der öffentlichen Arbeitsnachweise und die große Zersplitterung im gesamten Arbeitsnachweises hingewiesen und dessen reichsgesetzliche Regelung verlangt haben. Die in der Kriegszeit gemachten Erfahrungen drängen zu einer baldigen Lösung. Die Unterbringung der Millionen heimkehrender Kriegsteilnehmer im Erwerbsleben ist von außerordentlich großer volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. An dieser Aufgabe richtunggebend mitzuwirken, ist eine der wichtigen sozialen Betätigungen der Gewerkschaften.

Außer diesen beiden, wegen ihrer Bedeutung etwas ausführlicher behandelten Tätigkeiten der Gewerkschaften auf sozialem Gebiete fällt ihnen und besonders unserm Verband der Lebens- und Gesundheitsschutz der Arbeiter gegen die zahlreichen Betriebsgefahren zu. Groß ist deren Zahl und Umfang. Bedeutendes wurde von ihm auch auf diesem Gebiete schon geleistet. In zahlreichen statistischen Abhandlungen sind die Unfallgefahren eingehend dargestellt und Vorschläge zu deren Verhütung und Einschränkung gemacht worden. Durch die von den Gewerkschaften geschaffenen Arbeitersekretariate erhalten die Arbeiter sachverständigen Rat und Auskunft über alle Fragen der Sozialversicherung. Der dadurch den Arbeitern erwachsene Nutzen läßt sich in Worten und Zahlen nicht ausdrücken. Die gesamte Sozialversicherung nebst Unfallgesetzgebung und Unfallverhütung ist durch sie günstig beeinflusst worden. Der trotz vieler Mängel vorhandene verhältnismäßig hohe Stand der deutschen Sozialgesetzgebung würde nicht sein, wenn nicht die Gewerkschaften durch Wort, Schrift und Tat unausgesetzt im Sinne weiterer Verbesserungen gewirkt hätten. Durch die Stellung von Vertretern in den Krankenkassen, den Gewerbegerichten, den Spruchbehörden der Unfallversicherung und in den Versicherungsanstalten üben die Gewerkschaften unmittelbaren und wirksamen Einfluß auf die soziale Rechtsprechung aus und wirken dadurch vorzüglich gegen die sozialen Schäden der Zeit. Und vieles ist auf diesen Gebieten noch zu tun. Die Schaffung von Arbeiterkammern und die Arbeiterferienfrage sei nur angedeutet.

Wie bedeutsam die Tätigkeit der Gewerkschaften auf allen diesen Teilgebieten der sozialen Frage ist, geht unter anderem daraus hervor, daß die größeren Gewerkschaften besondere Abteilungen für die einzelnen Tätigkeitsgebiete errichtet haben. So unterhalten die Gewerkschaften zusammen am Sitz der Generalkommission ein Reichsarbeitersekretariat zur Vertretung der in den höchsten Instanzen der Sozialrechtsprechung anfallenden Streitfälle, eine Abteilung für die Förderung des Bauarbeiter-schusses; unser Verband eine besondere statistische Abteilung, ein literarisches Büro, eine Lichtbilderabteilung. Eine weitgehende Arbeitsteilung hat mit dem Wachstum der Gewerkschaften und mit der Erweiterung ihrer Aufgaben Platz gegriffen. Vieles ist erst im Werden begriffen. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist als neuestes Arbeitsgebiet hinzugekommen. Für die Förderung der Arbeiterschaft und für den allgemeinen Kulturfortschritt sind die Gewerkschaften nahezu unentbehrlich geworden. Sie sind, ohne daß sie die Gesetzgebung dazu bestimmt hat, ja gegen deren Willen, soziale Körperschaften zur Wahrung des Wohles der deutschen Arbeiter geworden. G. Reichel

Die Metallarbeiter-Internationale und unser Verband

In das Gründungsjahr des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fallen auch die ersten Versuche der Metallarbeiter nach internationaler Verständigung. Die kapitalistische Entwicklung hatte längst diesen Weg beschritten und drängte auch die organisierte Arbeiterschaft zu engerer Fühlungnahme mit den Berufskollegen jenseits der Grenzen. In Brüssel fanden sich im Jahre 1891 im Anschluß an den internationalen Arbeiterkongreß die Metallarbeiterdelegierten zu besonderer Beratung zusammen. Recht reichhaltig war der dafür vorgelegene Beratungstoff. Über Errichtung von Reiseunterstützungskassen, engere Fühlungnahme der Metallarbeiter aller Länder, Unterbindung des Zuzugs ausländischer Arbeitskräfte bei Streiks und zur Erreichung einer Höchstarbeitszeit sollten Leute beraten, die sich gestern kaum kannten und im eigenen Lande nicht einmal die Genossen zu einheitlichem Handeln zusammenführen konnten. Die Vertrauensleute der deutschen Metallarbeiter standen diesen Vorschlägen kühl gegenüber. Das Ergebnis der Beratungen wurde in einer von Martin Segis (Deutschland) vorgelegten Entschliesung zusammengefaßt. Man forderte die Metallarbeiter aller Länder zu internationaler Betätigung auf, verlangte die Einsetzung von Vertrauensmännern für jedes Land, regelmäßige Berichterstattung, Vorsorge zur Fernhaltung von Arbeitskräften bei Lohnbewegungen und Unterstützungsmaßnahmen bei großen Kämpfen. Diese Beschlüsse blieben aber größtenteils unbeachtet. In England hatte man für Vorgänge außerhalb des Landes kein Verständnis und in anderen Ländern war man mit dem Ausbau der eigenen Organisationen beschäftigt. Auch in Deutschland war es nicht anders. Man wählte wohl entsprechend den Brüsseler Beschlüssen Martin Segis zum Vertrauensmann der Metallarbeiter Deutschlands. Die zunächst dringliche Frage der Wanderunterstützung regelte man aber selbständig mit den Berufskollegen Dänemarks und Österreichs.

Nach Brüssel folgte 1893 die Einberufung des ersten internationalen Metallarbeiterkongresses in Zürich. Auf diesem sollte neben sozialen Fragen über die Errichtung eines ständigen internationalen Sekretariats, gegenseitige Unterstützung bei Streiks und Regelung der Wanderunterstützung beraten werden. Beschlissen wurde die Errichtung des Internationalen Informationsbüros mit dem Sitz in der Schweiz, erneut und ergänzt die Beschlüsse der Brüsseler Konferenz. Ferner verlangte man Einführung der Reiseunterstützung, Anerkennung der Mitgliedschaft ausländischer Kollegen und Regelung der Reiseunterstützung.

Durch diese Tagung wurde auf dem Gebiet der internationalen Betätigung wenig geändert, auch nicht durch die Bemühungen des Informationsbüros. Das Gegenseitigkeitsverhältnis wurde im Verband selbständig mit den Organisationen weiter ausgebaut. So war die Einberufung des zweiten internationalen Metallarbeiterkongresses eigentlich mehr erfolgt, um unter allen Umständen aus den unhaltbar gewordenen Verhältnissen herauszukommen. Der Kongreß tagte in London und sah wieder eine größere Zahl Delegierter aus allen bedeutenden Ländern in seiner Mitte. Er beschloß die Aufrechterhaltung des Informationsbüros, erneuerte die Züricher Beschlüsse, führte die Erhebung eines festen Beitrages ein und verlegte den Sitz des Büros nach England, um die Engländer für die internationalen Bestrebungen der Metallarbeiter zu gewinnen. Sie waren wohl in Brüssel, in Zürich und zahlreich in London, aber kein Verein war dem Informationsbüro angeschlossen. Auch die auf die Londoner Kongreßentschliefungen gestellten Hoffnungen erfüllten sich nicht alle, die Verbindungen zwischen dem internationalen Sekretär und den Organisationen des europäischen Festlandes beschränkten sich auf einen belanglosen gelegentlichen Briefwechsel. Und als anlässlich des großen englischen Maschinenbauersstreiks, 1897, der Aussperrung der dänischen Maschinenbauer 1897 und 1899 und der Hamburger Werftarbeiter 1900 die Notwendigkeit internationaler Verständigung immer schärfer hervortrat, die Solidarität in allen Ländern zum Durchbruch kam und sich durch weitherzige Unterstützung äußerte, versagte das Informationsbüro gänzlich.

Unterdessen wurde in das Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Deutschland, Dänemark und Österreich auch die Schweiz einbezogen und die Beziehungen an sich erweitert. Zu einer eindrucksvollen Rundgebung der deutschen Metallarbeiter kam es bei den Unterstützungen der englischen und dänischen Maschinenbauer. Die englischen Unternehmer suchten deutsche Arbeiter, um sie gegen die Arbeiterschaft des eigenen Landes auszuspielen. „Es wäre eine herrliche Antwort auf die Werbung der Unternehmer um Leute, wenn Ihr, statt ihr Folge zu leisten, uns Hilfe zukommen ließe in unserem Bemühen, den Vernichtungskampf gegen die Arbeiterschaft zu vereiteln“, heißt es in einem Aufruf der britischen Maschinenbauer an die deutschen Metallarbeiter. Dem sind auch die deutschen Metallarbeiter nachgekommen. Es wurden die für die damalige Zeit großen Summen von 46429 Mk. für die Engländer und zusammen 40900 Mk. für die beiden dänischen Aussperrungen überwiesen.

Wie seine Vorgänger enttäuschte auch der Verlauf des dritten internationalen Metallarbeiterkongresses in Paris im Jahre 1900. Die großen englischen Metallarbeitervereinigungen, darunter die Maschinenbauer, waren dem Informationsbüro 1900 noch nicht angeschlossen. Ein Verdienst des Kongresses war es, daß er die künftigen Aufgaben des Informationsbüros auf das Erreichbare einstellte. Als Aufgaben des Büros wurden bezeichnet: Auskunfterteilung, Berichterstattung über Streiks und Zuzugsverhinderung von Arbeitswilligen, Sammlung von Mitteln zur Unterstützung schwacher Organisationen bei Bewegungen. Der Sitz des Informationsbüros blieb in Sheffield und die jährliche Beitragsleistung der angeschlossenen Organisationen wurde beibehalten. Eine nachhaltige Einwirkung auf die Tätigkeit des Büros in der folgenden Zeit hatte der Kongreß nicht. Am so lebhafter gestaltete sich das Gegenseitigkeitsverhältnis unter den kontinentalen Organisationen. Der persönliche Verkehr wurde immer lebhafter und führte entsprechend den wachsenden Bedürfnissen zu schriftlichen, heute noch bestehenden Abmachungen mit dem größten Teil aller angeschlossenen Organisationen. Ein Versuch, auch die Organisation der britischen Maschinenbauer für dieses Gegenseitigkeitsverhältnis zu gewinnen, scheiterte an deren ablehnender Haltung.

Die Kräfte, die zu den ersten Versuchen internationaler Betätigung der Arbeiter führten, hatten in den letzten Jahren eine mächtige Entwicklung genommen. Die neuzeitliche Warenerzeugung und der Austausch aller Erzeugnisse und Bedarfsgegenstände des Lebens hatten sich ungemein erweitert. Die nationalen Bewegungen der Metallarbeiter hatten fast in allen Ländern, diesem Aufschwung folgend, zu einer mächtigen Entwicklung eingesetzt. Auf allen Gebieten der gewerkschaftlichen Betätigung traten die Schattenseiten dieser fortschreitenden Internationalisierung des Kapitals hervor. Sollte die Arbeiterbewegung nicht dauernd Schaden leiden, durfte nichts unversucht gelassen werden, diesen Erscheinungen entgegenzuwirken. Diese Erkenntnis drängte sich den leitenden Personen der festländischen Metallarbeitervereinigungen immer klarer auf. Das Gegenseitigkeitsverhältnis der festländischen Organisationen genügte nicht mehr, es war nur ein Notbehelf für die enger begrenzten Bedürfnisse der nationalen Vereinigungen. Die Vorbedingung, eine kräftig entwickelte nationale Bewegung, war geschaffen, zur Erweiterung künftiger internationaler Betätigung bedurfte es nur des äußeren Anstoßes. Es durfte nichts unversucht gelassen werden, auch die Metallarbeitervereinigungen der großen Industrieländer dieser Organisation zuzuführen.

Die Grundlage dieser Umgestaltung wurde geschaffen auf dem vierten internationalen Metallarbeiterkongreß in Amsterdam. Vertreten waren 26 Vereinigungen mit rund 309500 Mitgliedern aus 11 Ländern. Dem Informationsbüro waren 36 Vereinigungen in 11 Ländern mit 440471 Mitgliedern angeschlossen. Der Kongreß nahm einen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband vorgelegten Entwurf an, der die Gründung eines Internationalen Metallarbeiter-Bundes vorschlug mit dem Zweck:

„Das Zusammenarbeiten der Metallarbeiterorganisationen aller Länder auf gewerkschaftlichem Gebiet zu fördern und die Organisation der Metallarbeiter in den in dieser Hinsicht noch rückständigen Ländern zu betreiben.“

Dieser Zweck sollte gefördert werden durch Berichterstattung der Vertrauensmänner, literarische Betätigung zur Förderung der gewerkschaftlichen und internationalen Betätigung und Verbesserung des Gegenseitigkeitsverhältnisses der einzelnen Landesverbände. Der Sitz wurde nach Stuttgart verlegt, an die Zentrale des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, mit dessen Vorsitzenden Alexander Schlicke als Sekretär des Bundes. Satträftig gefördert wurde der Zweck der Organisation durch die im Jahre 1906 von Kollege Schlicke herausgegebene Internationale Metallarbeiter-Rundschau. Die äußere Entwicklung des Bundes, in der auch die Entwicklung der nationalen Bewegungen zum Ausdruck kommt, steigerte sich von Jahr zu Jahr, obwohl die britischen Organisationen bis in die jüngsten Jahre recht zurückhaltend waren und die Amerikaner der Bewegung fernblieben. Im Jahre 1907 waren dem Bund in 14 Ländern 38 Vereinigungen mit rund 625000 Mitgliedern, 1912 in 20 Ländern 50 Vereinigungen mit 1106000 Mitgliedern angeschlossen. Dagegen hat es viel Mühe und taktisches Geschick erfordert, das Gegenseitigkeitsgefühl auf alle angeschlossenen Organisationen auszudehnen. Erst auf dem Berliner Kongreß im Jahre 1913 gelang es, den Widerstand der britischen Organisationen zu überwinden und volle Einigkeit zu erzielen.

Um so glänzender hat sich die gegenseitig gelübte Hilfsbereitschaft bei allen Unterstützungsmaßnahmen bewährt. Ihren Höhepunkt hat sie bei den Kämpfen in Schweden erreicht. Es ging dabei um das Dasein der dortigen Organisationen. Durch die Opferwilligkeit der festländischen Metallarbeiter wurden 896000 Mk. Unterstützung aufgebracht und ein Darlehen von 600000 Mk. zur Verfügung gestellt. Diese Hilfeleistung wurde auch von Freund und Feind in allen Ländern entsprechend gewürdigt. Ohne diese Hilfe gäbe es vielleicht jetzt keinen Metallarbeiterverband in Schweden. Das Unternehmertum hätte über die Arbeiter gesiegt, erklärte der Vertreter Schwedens in Birmingham 1910. Der dabei geleistete Anteil unseres Verbandes entsprach seiner Stellung im Bunde. Rund 455000 Mk. wurden an Unterstützung aufgebracht. Auch in vielen anderen Fällen ist Unterstützung gewährt worden. Es sind in runder Summe in den 25 Jahren des Bestehens unseres Verbandes 615000 Mk. an Unterstützung und 253000 Mk. an Darlehen an ausländische Organisationen gegeben worden. Daß ein großer Teil von Arbeit und Erfolg dieser Entwicklung auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband entfällt, bedarf an dieser Stelle keinerlei Begründung, das wurde auch immer anerkannt. Sagte doch schon in Leipzig auf der Generalversammlung 1905 der Führer der dänischen Kollegen in bezug darauf: „Uns will es scheinen, als ob diese mächtige Organisation es sein soll, die als der erste Motor in der internationalen Metallarbeiterbewegung wirken wird.“

Seit Kriegsausbruch soll dies allerdings nicht mehr so sein. Ursache und Gründe dafür sind in aller Erinnerung. Uns haben die Anerkennungen nie eitel gemacht, auch Verkennungen und Schmähungen werden an unserm Verhalten zur Internationale der Metallarbeiter nichts ändern. „Wir stehen nach wie vor zu unserm Wort, wir werden nach wie vor uns bemühen, in der internationalen Familie zu den Besten zu gehören,“ konnte der Vorsitzende des Verbandes 1915 erklären. Und daß die Metallarbeiter-Internationale den Weltkrieg überdauert, wird heute nicht mehr angezweifelt. Dafür spricht schon der Umstand, daß trotz des Weltkrieges ihre Tätigkeit fortbesteht und noch mehr, daß in dieser Zeit neben zwei anderen Verbänden die größte Metallarbeiterorganisation Amerikas den Anschluß vollzogen hat. Auch heute trifft noch zu, was unser Vorsitzender schon 1900 nach dem Pariser Kongreß erklärte: „Kein Ereignis wird instande sein, die in der Internationale geschaffene Organisation der Metallarbeiter aller Länder als überflüssig erscheinen zu lassen.“

Groß und bedeutungsvoll ist der Anteil des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an dem bisher Erreichten. Möge es ihm vergönnt sein, im nächsten Vierteljahrhundert mit dem gleichen Erfolg an der Verbesserung und Vollendung des Wertes mitzuwirken.

D. Steinmayer

Rückblick des Verbandsauschusses

Wohl der Gedanke der Zentralisation schon lange Zeit vor Gründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgetaucht war, unterband das fastsam bekannte Sozialistengesetz seine Durchführung. Die Berufsarbeiter fanden sich deshalb in den örtlichen Fachvereinen zusammen, die durch ein Vertrauensmännersystem sehr lose miteinander in Verbindung standen. Erst der „Allgemeine Deutsche Metallarbeiter-Kongress“, der vom 1. bis 6. Juni 1891 in Frankfurt a. M. abgehalten wurde, brachte die gewünschte Organisationsform. Wenn auch die erhoffte Einheitlichkeit nicht erreicht wurde, so war doch der Grund gelegt, auf dem in den folgenden Jahren weiter gebaut werden konnte. Es kann in einem Rückblick auf das fünfundsiebzigjährige Verbandsleben nicht Aufgabe des Verbandsauschusses sein, alle die Vorgänge zu behandeln, die sich vor und zum Teil auch nach der Gründung des Verbandes abspielten. Einige Gruppen glaubten in der Branchenorganisation die zweckentsprechende Form suchen zu müssen, bei einem kleinen Teil mögen auch persönliche Gründe für ihr Verhalten gegen den Verband maßgebend gewesen sein, genug — die Gründung war vollzogen, der Verband bestand.

Die von dem Kongress dem Verband gegebenen Körperschaften bestanden aus einem Vorstand von neun Mitgliedern, einem Ausschuss und einer Revisionskommission von fünf Mitgliedern. Für das Verbandsorgan wurde eine Pressekommision gewählt, die ihren Sitz in Hamburg hatte. Die Lebensdauer der Pressekommision währte nur eine, die der Revisionskommission zwei Geschäftsperioden. Die Pressekommision hatte sich überlebt, die Arbeit der Revisionskommission wurde auf Antrag des Ausschusses den Besitzern des Vorstandes übertragen. Der bei Schaffung des Verbandes aufgestellte Grundsatz, daß dem Vorstand die Verwaltung und die Durchführung der Verbandstagsbeschlüsse zufallen, dem Ausschuss die Rechte und Pflichten einer Kontroll- und Beschwerdestanz obliegen, die die Amtsführung des Vorstandes zu überwachen und die über diesen einlaufenden Beschwerden zu regeln hat, hat sich bewährt.

Als Sitz des Ausschusses wurde Frankfurt a. M., die Geburtsstätte des Verbandes, durch den Kongress bestimmt. Am 27. Juni 1891 trat der Ausschuss, nachdem am gleichen Tage die Wahl seiner Mitglieder erfolgt war, zu seiner ersten Sitzung zusammen. In der zweiten Sitzung mußte der Vorsitzende mitteilen, daß die zur Anschaffung der notwendigen Utensilien vom Vorstand geforderten 100 Mark nicht gesichert werden seien, der Vorstand habe mitgeteilt, daß ihm „nicht soviel Geld zur Verfügung stehe“. Ein Zustand, der im Verband noch jahrelang anhielt und ihn sicher in seiner Entwicklung hemmte. Erst als sich die Erkenntnis durchgerungen hatte, daß die Organisation höherer Beiträge bedarf, trat allmählich eine Besserung in den Finanzen des Verbandes ein. Das Vertrauen zur Organisation stieg und damit die Mitgliederzahl.

In der ersten Geschäftsperiode, während der das Amt des Vorsitzenden viermal in andere Hände überging, was durch den Ortswechsel der jeweiligen Personen verschuldet wurde, beschloß Vorstand und Aufsichtsrat in einer gemeinschaftlichen Sitzung, die Metallarbeiter-Zeitung in das Eigentum des Verbandes übergehen zu lassen. Die Herstellung der Zeitung wurde der Firma Wörlein & Co. auf weitere zehn Jahre übertragen. Die erste Generalversammlung genehmigte den Vertrag, der Redakteur und der Expedient wurden als Verbandsbeamte übernommen. Einige Jahre später, nachdem die Auflagezahl der Organs — in Anbetracht der damaligen Verhältnisse — sehr gewachsen war, wurde versucht, für den Verband günstigere Bedingungen von der Firma zu erreichen. Zur Information begaben sich zwei Mitglieder des Ausschusses nach Nürnberg und benutzten die Gelegenheit, um mit dem Inhaber der Firma zu verhandeln. Da das gleiche einige Wochen vorher schon durch den Vorstand geschehen war, ließ sich ein günstigerer Vertrag an Stelle des bestehenden erzielen, der aber trotzdem nicht voll befriedigte. Die gewonnenen Einblicke in Nürnberg waren nicht die besten. Die Räumlichkeiten, die Art der Herstellung der Zeitung und ihr Versand ließen viel zu wünschen übrig. Geradezu erbärmlich waren die Redaktionsräume, die unserm Redakteur zur Verfügung standen. Schon damals tauchte innerhalb des Ausschusses der Gedanke auf, eine eigene Druckerei am Sitz des Verbandes zu errichten. Erst einige Jahre später konnte auf Grund eines Beschlusses des Verbandstages, der in Nürnberg stattfand, dieser Gedanke zum Nutzen des Verbandes zur Ausführung gebracht werden.

Die Politik der Abelsche, die nach Fall des Sozialistengesetzes gegen die Gewerkschaften zur Anwendung kam, zwang den Ausschuss wiederholt in Gemeinschaft mit dem Vorstand zu beschließen, den Rechtsschutz bis zur höchsten Instanz zu gewähren, um in Fragen von prinzipieller Wichtigkeit maßgebende Entscheidungen herbeizuführen. Die Kraft, die in dem Zusammenschluß fast aller Berufe der Metallindustrie liegt, hat auch dieser Verfolgung getrotzt und die Fortentwicklung gefördert. Diese Erkenntnis trug auch dazu bei, daß das Sektionswesen mehr und mehr verschwand, kleinere Verwaltungsstellen Anstoß an größere suchten und noch bestehende Berufsverbände bis auf einen sich mit dem „großen Deutschen“ verschmolzen. Die Tätigkeit des Ausschusses als Kontroll- und Beschwerdestanz ist naturgemäß mit dem Wachsen des Verbandes gestiegen und ist in ihrer Tragweite nicht zu unterschätzen. Die Prüfung der Kassengeschäfte unterliegt zunächst den Besitzern des Vorstandes, die über die monatlich stattfindenden Revisionen dem Ausschuss berichtet haben. Dieser prüft die Jahresabrechnungen und ist berechtigt, selbständig Revisionen der Hauptkasse vorzunehmen.

Die Erledigung der Beschwerden, die im allgemeinen nach den im Statut festgelegten Grundsätzen erfolgt, nimmt den größeren Teil der Tätigkeit des Ausschusses in Anspruch. Der Ausschuss hat also, da er alle an ihn gelangenden Beschwerden zu prüfen hat, die Rechtssprechung im Verband anzunehmen. Dadurch ist die Aufgabe des Ausschusses auch außerordentlich verantwortungsvoll. Kollegen, die sich als Mitglieder des Ausschusses wählen lassen, müssen, um Recht sprechen zu können, nicht nur die Statuten und Generalversammlungsbeschlüsse genau kennen, sondern auch die Eigenhaft besitzen, die jeweiligen Beschwerdebälle auf Grund des tatsächlichen Materials nach Recht und Gewissen zu entscheiden. Weder persönliche noch örtliche Rücksichten dürfen die Rechtssprechung beeinflussen. Eine große Anzahl Beschwerden erfordert zu ihrer Erledigung ziemlich viel Zeit, weil der Ausschuss vor jeder Entscheidung sehr oft gezwungen ist, erst das tatsächliche Material von den verschiedenen Seiten beizubringen und erst dann mit gutem Gewissen zu urteilen vermag. Durch diese Übung werden leistungsfähige Beamte, die die maßgebendsten Folgen für das Ansehen der Rechtssprechung innerhalb des Verbandes und für diesen selbst haben können, vermieden. Viele Beschwerden würden gewiß unterbleiben, wenn sich die Mitglieder eingehender mit den Statuten vertraut machten, manche würden nicht entstehen, wenn alle Kollegen bestrebt wären, immer nach dem Grundsatz zu handeln: „Was du nicht willst, das man dir tu“, das füg auch keinem anderen zu.“ Dadurch würde nicht nur mancher Streitfall verhütet werden, sondern auch viel Verdruss vermieden und sehr viel Zeit gewonnen, die zum Besten der Organisation zu verwenden wäre.

In meiner fünfundsiebzigjährigen Verbandstätigkeit — die ersten Jahre in der Ortsverwaltung, seit 1897 im Ausschuss — war ich nicht immer der gebende, sondern auch vielfach der nehmende Teil. Ich habe durch die Tätigkeit viel gelernt und war bemüht, das Gewonnene wieder zum Wohle der Organisation zu verwenden. Ich habe gefunden, daß diejenigen Mitglieder, Verwaltungsstellen und Körperschaften dem Verband und damit der Arbeiterbewegung im allgemeinen am besten dienen, die bemüht waren, Streit und Zwietracht zu vermeiden und das gegenseitige Vertrauen zu stärken. Wenn alle unsere Kollegen, jeder auf seinem Plage, auch in Zukunft mit erneuter Tatkraft die Zwecke des Verbandes fördert, dann dürfte damit auch dem Wohle der Mitglieder am besten gebient sein.

Wer in diesem Sinne am Ausbau der Organisation nach seinen Kräften mitarbeitet, trägt dazu bei, daß der Verband das furchtbare Völkermorden auch fernerhin gut übersehen wird und er fördert den Gedanken, dem der Gründungskongress in dem Wahlspruch Ausdruck gab: „Metallarbeiter aller Branchen, vereinigt euch.“ Daß dieser Gedanke sich bald der Wirklichkeit mehr und mehr nähert, ist unser innigster Wunsch zum fünfundsiebzigjährigen Jubiläum des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

R. Weisig

Die Verwaltung unseres Verbandes

Im Bestehen und Gedeihen unseres Verbandes hat sein Verwaltungswesen einen bedeutungsvollen Anteil. Der Vorstand hat diesen Umstand vom Anfang an voll gewürdigt und hat sich den Ausbau der inneren Verwaltung angelegen sein lassen.

Richtpunkte für die Verwaltung des Verbandes sind gegeben durch das Statut. Ausführliche Bestimmungen über die Verwaltung enthielt schon der Statutenentwurf, der von den auf dem Weimarer Metallarbeiterkongress gewählten Vertrauensleuten im April 1891 zur „Anbahnung einer Metallarbeiterunion“ in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht wurde. In seiner Grundform war dieser Entwurf einer Vorlage entnommen, die von zweien unserer Vorkämpfer dem Weimarer Kongress im Jahre 1890 hätte unterbreitet werden sollen, aus bestimmten Gründen jedoch nicht verbreitet wurde. Diese Genossen hatten praktische Kenntnisse, einer davon besonders auf dem Gebiet des Krankenkassenwesens und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß im Besonderen die Bestimmungen über die Verwaltung des Verbandes deutlich und klar waren und zu Mißdeutungen wenig Anlaß boten. Im Laufe der Jahre erfuhren diese Bestimmungen erhellenderweise eine Reihe von Änderungen, die durch die Erfahrung gegeben und notwendig waren. Das ändert nichts an der Tatsache, daß die Verwaltungsbestimmungen des ersten Verbandsstatuts zweckmäßige Richtlinien gaben.

Die auf dem Frankfurter Kongress gewählten Verbandsbeamten nahmen ihre Tätigkeit in Stuttgart Mitte Juni 1891 in einem gemieteten Zimmer in der kurzen Straße auf, von wo das Büro bald nach der Schlofferstraße und da auch dort die Räumlichkeit nicht genügte, nach kurzer Zeit in die Neckarstraße 160 überfiedelte. Ausschlaggebend für die Wahl der Büroräume war die Nähe einer Postanstalt, um die zahlreichen Sendungen nach den Verwaltungsstellen in möglichst kurzer Zeit ausführen zu können. Die Errichtung von Verwaltungsstellen und Fachsektionen erfolgte im Gründungsjahr des Verbandes Schlag auf Schlag, die erste Gesamtabrechnung von August bis Ende Dezember 1891 wies bereits 239 Verwaltungen oder Fachsektionen auf und ihre Zahl wuchs im folgenden Jahre auf 334. Der Kollege Schilde hatte in seiner Eigenschaft als Sekretär den größeren Teil der Verwaltungsarbeit auszuführen und viele, viele Überzeit- und Sonntags- sowie Nachtarbeit würde geleistet, um die Verwaltungsarbeit neben der agitatorischen und sonstigen Tätigkeit zu bewältigen. Die Generalversammlung in Frankfurt a. M. hatte zwar — unseren Grundsätzen entsprechend — die tägliche Arbeitszeit der angestellten Beamten auf acht Stunden festgesetzt; in den ersten Jahren des Bestehens des Verbandes war jedoch das Doppelte beinahe die Regel. Trotzdem konnte die täglich neu anfallende Arbeit nicht bewältigt werden, so daß zur Erzielung eines geordneten Verbands der Verwaltungsmaterialien eine Hilfskassette eingestellt wurde, der im Laufe der folgenden Jahre einige weitere folgten. Mit diesem geringen Stab von Leuten erlebte der Vorstand die Verwaltungsarbeiten, die — von Jahr zu Jahr sich mehrend — nach 10jährigem Bestehen des Verbandes für 457 Verwaltungen mit 102905 Mitglieder zu leisten waren.

Dam wurde ein weiterer Beamter angestellt, im gleichen Jahr trat auch der Formverwand über, von dem zwei Beamte übernommen wurden und im Juli 1903, als die Mitgliederzahl auf 150000 gestiegen und durch die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung und Einführung der Umzugsunterstützung noch mehr Verwaltungsarbeit entstanden war, wurde wieder ein Hilfsarbeiter angestellt, dem in den Jahren 1905 und 1906 — nach Steigerung der Mitgliederzahl auf über 300000 — drei weitere Beamte folgten. Der erhofften Entlastung genügten auch diese nicht und ein größerer Teil von nicht zwingend nötigen Verwaltungsarbeiten blieb unerledigt.

Ähnlich lag die Sache in den Verwaltungsstellen und Fachsektionen. Die Arbeits- und Opferfreudigkeit der Kollegen war groß. Viele Abend- und Nachtschichten wurden mit — oft ungewohnten — Schreib- und Verwaltungsarbeiten für den Verband ausgefüllt, besonders in Orten mit größerer Mitgliederzahl und mit starkem Verkehr von Unterstützungsberechtigten gab es viel zu tun und an den Idealismus der Bevollmächtigten und Kassierer wurden große Anforderungen gestellt.

In den Orten mit kleiner Mitgliederzahl ist das noch heute der Fall; für die größeren Orte hat die Errichtung von Geschäftsstellen eine Entlastung für manche geschaffen und geregelte Verwaltungstätigkeit ermöglicht. Diesem Vorteil steht allerdings das Nachteil gegenüber, daß jetzt viele Kollegen glauben, den selbstbestellten Beamten: alle Schreib- und Verwaltungsarbeit zuschieben zu müssen.

Die ersten besoldeten Beamten in den Verwaltungsstellen wurden in Dresden, Leipzig, Altona und Berlin angestellt. Der Berliner Lokalverband hatte schon seit dem Jahre 1892 einen Beamten, der beim Übertritt des Lokalverbandes im Jahre 1897 übernommen wurde. Im September 1896 stellte Dresden im Januar 1897 Altona einen Beitragskassierer mit festem Gehalt an, nachdem bis dahin alleorts die Beitragskassierung entweder im Nebenamt oder durch Vertrauensleute erfolgt war. Die Anstellung von Beitragskassierern mit festem Gehalt machte rasche Fortschritte, nachdem sich die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung in einigen Orten gezeigt hatte. Geschäftsstellen wurden errichtet 1897 in Leipzig, 1898 in Chemnitz und Magdeburg, 1899 in Nürnberg, 1900 in Braunschweig, Hamburg und München. Im Jahre 1902 bestanden 24 Geschäftsstellen, 1905 war ihre Zahl auf 63 mit 146 Beamten angewachsen und vor Kriegsausbruch bestanden 144 Geschäftsstellen mit 549 selbstbestellten Beamten. Die Errichtung von Geschäftsstellen erfolgte vielfach hauptsächlich zur Betreibung besserer Arbeitstätigkeit, die Verwaltungsarbeit war Nebensache. Diese trat aber ganz von selbst in den Vordergrund mit der Erweiterung der Unterstützungsleistungen und der Steigerung der Mitgliederzahl. Zu Anfang seines Bestehens gewährte der

Verband nur Reise-, Maßregelungs- und Notfallunterstützung; im Jahre 1900 wurde die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, im Jahre 1906 folgten die Krankenunterstützung und das Sterbegeld. Diese Einrichtungen brachten eine Menge Verwaltungsarbeit, die die größeren Orte zur Einstellung von Hilfskräften und zur Anstellung besonderer Agitationsbeamten nötigte.

Ähnlich wie den Verwaltungen erging es dem Vorstand mit den Bezirksleitungen. Der erste Bezirksleiter, Kollege Mohrlack, trat sein Amt am 1. Juli 1901 an, nachdem er seit dem Jahre 1897 als Provinzvertrauensmann gewirkt hatte. Ihm folgten für den siebenten Bezirk Spiegel, für den achten Bezirk Ehrler und für den neunten Bezirk der — nur kurze Zeit tätig gewesene — verstorbene Kollege Fritsch. Rasch hintereinander wurden dann die übrigen Bezirke mit Beamten besetzt. Die Bezirkseinteilung und die Anstellung von Bezirksleitern erfolgte zu dem ausgesprochenen Zweck, die Agitation in den Bezirken besser zu betreiben, bei Lohnbewegungen einzugreifen, Streitigkeiten zu schlichten, Kassenrevisionen vorzunehmen und schließlich sonstige vom Vorstand erteilte Aufträge auszuführen. Daß zehn weitere Verwaltungskörper geschaffen waren, wurde im Hinblick auf die großen Vorteile der Bezirkseinteilung mit in Kauf genommen. Mit dem Wachstum des Verbandes steigerte sich jedoch auch die Verwaltungsarbeit in den Bezirksbüros. Die Agitation, die Kassenrevisionen, die Streikbewegung brachten eine Reihe von Schreib- und statistischen Arbeiten, dazu kamen verschiedene auf den Generalversammlungen beschlossene statistische Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse. Die allgemeine Einführung der örtlichen Abrechnungen und die Prüfung der Abrechnungen brachte weitere Schreibarbeit. Dazu übertrug die Generalversammlung in München den Bezirksleitungen die Entscheidung über Anträge auf Unterstützung nach § 2c des Statuts, Gemäßregelungenunterstützung und Rechtshilfe. Für den Vorstand bedeutete dies eine Entlastung, in den Bezirksstellen aber wurde die Arbeitssteigerung sehr fühlbar und erforderte die Einstellung von Hilfsbeamten zur Verwaltung der Verwaltungsarbeit.

Zum Verwaltungskörper des Verbandes zählen nicht nur Vorstand, Bezirksleitungen, Geschäftsstellen und Ortsverwaltungen, sondern auch Werkstätten, Branchen-(Berufs-) und Bezirksvertrauensmänner. Diese haben neben der Werbetätigkeit wichtige Verwaltungsarbeit zu leisten durch die Prüfung der Mitgliedsbücher, Einziehung der Beiträge, Ausgabe der Verbandszeitung, Ausfüllung von Fragebogen usw. Die Vertrauensleute werden mit Recht als Rückgrat des Verbandes bezeichnet, ohne ihren regelmäßigen und tätigen Anteil am Verbandsleben wäre es um den Verband schlecht bestellt. Nur die Mitteilung aller Wahnehmungen und Vorkommnisse durch die Vertrauensmänner setzen die örtliche Leitung, die Bezirks- und die Hauptleitung instand, die richtigen Anordnungen zu treffen, etwaige Fehler auszumerken und rechtzeitig Stellung zu Dingen zu nehmen, die dem Verband förderlich sind oder ihm Schaden können.

Zum Gebiet der inneren Verwaltung gehören auch die statistischen Arbeiten, die zur Erforschung bestimmter Erscheinungen nötig sind, ferner die Erhebungen und Feststellungen über Lohn- und Tarifbewegungen, über die Arbeitslosigkeit; in weiterem Sinne auch Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse und anderes. Erstere nahmen mit der Entwicklung des Verbandes immer mehr Arbeit in Anspruch. Umfassende statistische Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse konnte der Vorstand im ersten Jahrzehnt des Verbandes aus verschiedenen Gründen nicht vornehmen. Von größeren Arbeiten aus jener Zeit sind eine Erhebung über die Schwärzwälder Uhrenarbeiter und über die Heimarbeit in der Metallindustrie zu nennen. Als mit der Steigerung der Mitgliederzahl die Wünsche nach arbeitsstatistischen Erhebungen sich mehrten und gleichzeitig die Vorbedingungen für solche besser gegeben waren, veranstaltete der Vorstand solche Erhebungen in ziemlich rascher Folge. Der Anfang bildete eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse der Former, der solche über die Goldarbeiter, Klempner und Werftarbeiter folgten. Im Jahre 1907 wurde eine besondere statistische Abteilung geschaffen und von dieser weitere Erhebungen bearbeitet über die Arbeitsverhältnisse der Former, Heizungsmonitore, Graveure, Fellenhauer, Silttenarbeiter, über die Gelbmetallindustrie usw. Dazwischen erfolgten Feststellungen über die Arbeitszeiten in der Metall- und Maschinenindustrie, über die Nachtarbeit, über Arbeiterferien und über Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Diese statistischen Arbeiten brachten auch den Verwaltungstellen viel Mühe und Arbeit, zumal dort, wo die Arbeiter den Wert solcher Erhebungen nicht richtig erkannten.

Die Schreib- und Verwaltungsarbeit, die von Hunderten von Kollegen in den Ortsverwaltungen und von den Beamten in den Geschäftsstellen, Bezirksbüros und im Hauptbüro geleistet wird, ist nach außen wenig sichtbar. Still und geräuschlos wird sie vollbracht und doch hält sie das Räderwerk der Organisation im Gang. Ohne Verwaltungsarbeit kann kein Verband Bestand haben. Organisation heißt Verwaltung. Das muß unsere Richtschnur bleiben. Jeder muß auch künftig bestrebt sein, seine Pflicht zu erfüllen zum Weiteren Wohle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Das vorzuziehende man sich nur einmal und bedente dabei, daß die damalige Eisenerzeugung in Deutschland nur erst rund 2 Millionen Tonnen betrug, während im Jahre 1916, wenn der ungeheuerliche Weltkrieg nicht mit unerhöht zerstörender Wucht die Friedensarbeit unterbrochen hätte, sich unsere Eisenerzeugung auf 21 bis 22 Millionen Tonnen gestellt haben würde. Am Anfang des Zeitabschnittes, zu dessen besonderer Betrachtung diese Zeilen anregen sollen, lieferten die deutschen Werke erst 4 1/2 Millionen Tonnen Roheisen. Eine Verhundertfachung der Erzeugung innerhalb nur 25 Jahren! Was birgt sich hinter dieser großartigen Zahl?

Zunächst eine wesentliche Verschiebung der inneren Werkswirtschaft. Die Puddelei, einst bekannt als großer technischer Fortschritt, verfiel bis auf wenige Reste. Von der 1891 4 1/2 Millionen Tonnen betragenden deutschen Roheisenerzeugung kamen noch ungefähr 1,8 aus dem Puddelefen. 1913 aber — von der Kriegszeit muß in der Regel wegen ihren ungewöhnlichen Erzeugungsbedingungen abgesehen werden — waren von den 19,3 Millionen Tonnen Roheisen nur noch rund 0,5 nach dem Puddeleverfahren hergestellt. Noch eine andere technische Verschiebung von entscheidender großer Bedeutung in der Erzverhüttung ging bei uns vor sich: das Bessemerverfahren („saures“) hob zwar die britische Eisen- und Stahlindustrie auf ihre einst weltbeherrschende Höhe, konnte aber bei uns aus Mangel an inländischen phosphorarmen Erzen nicht entfernt die ausschlaggebende Bedeutung wie im Vaterland des Erfinders gewinnen. Für uns wurden Thomas-Gilchrist („basisches“ Verfahren) die stärksten Vorbereiter der Stahlerzeugung, weil sie uns die Verhüttung der massenhaft vorkommenden, reichen phosphorhaltigen Erze (vorzüglich der lothringisch-luxemburgischen Minette) ermöglichten. Und so ist denn auch die Erzeugung an deutschem Bessemererz im Jahre 1913 mit 370 000 Tonnen auf etwa dem gleichen Stand wie 1891 geblieben, mit der Richtung zum langsamen Rückgang. Dafür entwickelte sich die Erzeugung von Thomasroheisen gleichzeitig von 1,7 auf 12,19 Millionen Tonnen. Die Flußstahlgewinnung nach dem sauren Verfahren betrug 1913 überhaupt nur noch 547 000 Tonnen, sie ist nun gegen 1906 um 170 000 gefallen, während nach dem basischen Verfahren in dem letzten Friedensjahre fast 18 1/2 Millionen Tonnen, ungefähr das Vierzehnfache wie 1891, hergestellt wurden.

Vor 25 Jahren kam Deutschland mit 4 1/2 Millionen Tonnen Roheisen- und mit 1,84 Millionen Tonnen Rohstahlerzeugung noch weit hinter Großbritannien, das es damals auf 7,52 Millionen Tonnen Roheisen- und 3,20 Millionen Tonnen Rohstahlerzeugung brachte. Schon 1900 überholten wir Großbritannien in der Rohstahl- und 1903 in der Roheisenherstellung. 1913 überstieg unsere Roheisenerzeugung die Großbritannien um 8%, und seine Rohstahlerzeugung sogar um fast 12 Millionen Tonnen. Diese gewaltige Wirtschaftsveränderung kann bei einer sachlichen Beurteilung der tiefsten Weltkriegsursachen nicht unbeachtet bleiben. Nicht ohne Grund spricht man von einem Wirtschaftskrieg.

Über die unsrige weit hinaus aber hat sich, auch wesentlich im letztverflohenen Vierteljahrhundert, die Eisen- und Stahlerzeugung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehoben. Hier sind sogar während des Kriegsjahres 1915 noch über 30 Millionen Tonnen Roheisen erzeugt worden (1913: 31,22), während im selben Jahre unsere Eisenerzeugung auf 11,79 (1914: 14,39), die britische auf 8,80 (1914: 9,01) Millionen Tonnen fiel. In dem Geburtsjahre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde die Welt-Eisen- und Stahlerzeugung auf 38,30 Millionen Tonnen geschätzt, 1913 aber dürfte die Gesamtmenge etwa 160 Millionen Tonnen betragen haben. Diese unerhörte Entwicklung der Erzeugung mit ihren unabwehrbaren Folgen auch für die nationale und internationale Staatenpolitik ist also das Ergebnis einer Zeitperiode, die doch nur ein kurzer „Atemzug der Weltgeschichte“ genannt zu werden verdient. Inzwischen stieg die Kohlenförderung in Deutschland von 91 auf 279, die Eisenerzförderung von 12 auf 35, unsere Eisenerzeinfuhr von 1,40 auf 14, unsere Kohlenausfuhr von 10 auf 34,5, unsere Ausfuhr an Eisen- und Stahlerzeugnissen von 0,80 auf über 6 Millionen Tonnen, während sich unsere Gesamteinfuhr an Roheisen, Halbzeug und Fertigwaren (ohne Maschinen) 1913 nur noch auf rund 620 000 Tonnen stellte. Deutschland hat seinen riesig gestiegenen Überschuß an Erzeugnissen in beispiellos beschleunigtem Maße dem Weltmarkt aufdrängen müssen. Die dadurch in ihren alten Herrschaftsreichen immer stärker bedrohte Konkurrenz stellt nun die zum „Krieg bis zur Vernichtung“ entschlossenen Kriegstreiber. Der Weltkrieg steht am Ende eines nur kurzen Wirtschaftsabschnittes, in dessen Verlauf sich Deutschlands Eisen- und Stahlindustrie zu der leistungsfähigsten in Europa entwickelt hat.

Nur andeuten vermag ich hier die planmäßige Weiterentwicklung und wirtschaftliche Ausnützung der für die neuzeitliche Hütten- und Metalltechnik bestimmend gewordenen Erfindungen der vorgenannten großen Erfinder. Besonders hat die Verwendung und Verbesserung des Offenerdes (System Siemens-Martin) sowohl unter Benützung des sauren als auch, aber weit aus am stärksten des basischen Verfahrens große Fortschritte gemacht. Von den 19 Millionen Tonnen Flußstahl (1913) wurden 7,6 aus den Siemens-Martinöfen vorwiegend mit Generatorgasheizung und den verwandten Nachahmungen gewonnen, wobei sich der kippbare Zaublofen immer mehr Eingang verschaffte. Die Anwendung des elektrolytischen Schmelzverfahrens hat zwar bedeutende Fortschritte gemacht, kommt aber für das kohlenreiche Deutschland nur nebensächlich in Betracht. Der auch schon früher gekannte Verbrauch der Hochofengicht- und der Koksofengase für Heizung, motorische Kraftübertragung und für Beleuchtungszwecke ist in unserem Zeitabschnitt außerordentlich entwickelt worden. Ebenso die Verwertung der Nebenzergebnisse aus der Kohlenverkokung, der Schwefelsäure, der Thomaschlacke (Düngemittel) usw. Diese „Nebenbetriebe“ haben die Betriebskosten der Eisen- und Stahlwerke auch bedeutend vermindert. Vor allem aber geschah dies durch eine außerordentlich umfangreiche Anwendung mannigfaltiger maschineller Hilfsmittel bei der Hochofenbeschickung, in den Gußstahlwerken, den Preß- und Walzwerken und Abjastagen. Die Zahl der eigentlichen Hüttenwerksarbeiter (nicht nur Feuerwerksarbeiter) ist zwar seit 1891 von etwa 196 000 auf ungefähr 400 000 (1913) gestiegen, aber wenn man nur die Roheisenerzeugung auf diese Arbeiter berechnet, so ergibt sich, daß die jährliche Leistung auf einen Arbeiter von 24 auf 49 Tonnen zugenommen hat. Diese rohe Rechnung kann natürlich nur einen unvollständigen Begriff von der ungeheuren Erhöhung der Leistungen auf einen Arbeiter geben. Noch weniger kann sie die riesige Zunahme des Erzeugungswertes veranschaulichen. Wenn ich dafür hervorhebe, daß im letzten Jahre vor dem Kriege allein der Wert der Walzwerkserzeugnisse auf etwa 2 1/2 Milliarden Mark veranschlagt wurde, so kann auch das nur andeuten, welcher Grad des Hochkapitalismus in der Eisen- und Stahlindustrie erreicht worden ist.

Das drückt sich jedoch fassenfälliger aus, wenn wir unsern Blick über die neuen Werksvereinigungen schweifen lassen. Die Verbindung von Rohle, Koks, Erzen, Roheisen, Halbzeug und Fertigwaren in einem Werkstring kam schon vor unserem Zeitabschnitt vor. Das „gemischte Werk“ aber ist recht eigentlich in seiner die „reinen Werke“ schließlich erdrückenden Bedeutung erst im letzten Vierteljahrhundert die ausgeprägteste Unternehmensform in der Großeisenindustrie geworden. Nun beherrschen ein gutes Duzend Riesenunternehmen, deren Aufsicht die wichtigsten Erzeugungstätten von der Kohle und dem Erz bis zu dem

Fünfundzwanzig Jahre Eisenzeit

Wer in einem dahinjagenden Sitzzug sitzt, hat doch manchmal das Gefühl des Stillstandes. Dieser optischen Täuschung unterliegen auch unzählig viel Zeitgenossen selbst in einem Zeitraum, der sich durch eine gewaltige Umwälzung alles „Bestehenden“, namentlich der Wirtschaftskräfte besonders auszeichnet. Wir erleben diese Umwälzungen, stehen inmitten einer seltenen Zeit des unruhigen Vergehens und Werdens. Aber sehr viele unter uns spüren davon noch kaum einen Hauch, plärren immerfort ihr müdes Sprüchlein der Ergebung, andere aber glauben dem „Stillstand“ durch „neue Kampfmethoden“ ein Ende machen zu sollen.

Das erste von unserm Metallarbeiter-Verband überwundene Vierteljahrhundert war zunächst die Zeit stark gesteigerter Ausnützung der meist in dem Vorvierteljahrhundert gelungenen aufsehenerregenden technisch-wirtschaftlichen Neuerungen in der Eisen-, richtiger gesagt in der Flußeisen- oder Flußstahlbereitung. Die großen Verhüttungstechniker Bessemer, Thomas, Gilchrist, Martin, Siemens hatten der Industrie die Verfahren geschenkt, durch die die altväterliche Schmelz- und Schmiedetechnik zum allmählichen Eingehen verurteilt wurde. Was der alte Handfischer in 24 Stunden an verarbeitbarem Eisen gewinnen konnte, dieselbe Menge lieferte nun die Bessemerbirne in 20 Minuten. Die Zeit der beispiellosen Massenerzeugung von Eisen und Stahl brach an. Die Verarbeitung des Roheisens aus dem Hochofen auf Stahl von mancherlei Eisengehalt begann ihren Siegeszug durch die Welt. Man sollte daher nicht mehr von einer „Eisenzeit“, sondern richtiger von der „Stahlzeit“ reden; indessen sind die Stahlorten ja auch nur in ihrer Gebrauchseigenschaft erhöhtes Eisen.

Noch leben Hüttenleute unter uns, die an der Einführung des Thomasverfahrens (1879) in unserer Eisen- und Stahlindustrie mitgearbeitet haben.

handelsfähigen Fertigerzeugnis unterworfen sind, die ganze Industrie. Der Abschluß einer „Interessengemeinschaft“ zwischen sich ergänzenden Rohstoff-, Halbzeug- und Fertigwarenwerken war meist der Anfang, am (vorläufigen) Ende folgte die Fusionierung (Verschmelzung) zu immer umfangreicheren „gemischten“ Unternehmungen. Eine Werksangliederung folgte der anderen. Der Krieg hat diesen Vertrufungsvorgang nicht unterbrochen, sondern beschleunigt, wie die neuerdings erfolgten oder eingeleiteten Werksverschmelzungen lehren. Der Krieg beschleunigt die hochkapitalistische Verdichtung und stellt dadurch die Arbeiterorganisationen vor neue große Aufgaben, die wir nur durch unerschütterliche Einigkeit und mächtige Verstärkung der Arbeiterverbände bewältigen können.

Mit der Betriebsvereinheitlichung ist dann in unserer Zeit einhergegangen eine immer umfassender gewordene Kartellierung namentlich der Großwerke in Preisvereinbarungen und Verkaufssyndikaten. Auch diese Gebilde waren schon vor 1891 zu beobachten. Aber sie trugen doch damals in der Hauptsache nur das Gepräge kurzfristiger, lose gefügter Vereinbarungen. Gelegenheitlich der 1903/1905 im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen über die Kartelle wurde amtlich mitgeteilt: Es gäbe 6 Kartelle für Roheisen, einen Halbzeugverband und 24 Kartelle für die Walzwerks- und Weiterverarbeitungsindustrie (Eisen- und Stahlerzeugnisse), zum Teil schon seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die wichtigsten Syndikate aber entstanden erst seit 1891. Nämlich 1897 das rheinisch-westfälische und das siegen-nassauische, Roheisensyndikate, die sich 1899 verschmolzen und dann 1904 sich mit dem südwestdeutschen Roheisensyndikat zu dem deutschen Roheisensyndikat (Düsseldorf) vereinigten. Dies kam zwar 1908 zur Auflösung, bildete sich aber 1910 neu auf breiterer Grundlage, auch mit Einschluß schlesischer Werke (Eis Ossen). Das erste Halbzeugsyndikat entstand 1899, ging 1900 ein und lebte 1901 wieder auf, um in dem 1904 gegründeten Zentralsyndikat, dem mächtigen Stahlwerkverband (Düsseldorf) aufzugehen. Dieser ist der einflussreiche Höhepunkt in der Kartellierung der Großeisen- und Stahlindustriellen, von dessen Machtvolle nicht nur widerspenstige Außenleiter, sondern auch höchstbeamtete Staatsleiter allerhand zu erzählen wissen. Wohl sind im Stahlwerkverband, dessen engste Personenverbindung mit den mächtigen Kohlsyndikaten und dem Roheisensyndikat die Teilhaberlisten aufdecken, nur erst Halbzeug, Eisenbahn-oberbaumaterial und Formeisen (die sogenannten Produkte A) syndiziert, aber das verschafft den Syndikatsgenossen schon für den Betrieb ihrer Produkte B (Walzwerkzeugnisse, Guß- und Schmiedestücke) erhebliche Handelsvorteile. Ein umfassender deutscher Walzwerksfabrikateverband ist das auch erreichbare Ziel der Beteiligten. Über den Widerstreit dieser Bestrebungen mit der Wahrung des Gemeinwohls sind sich weite Volkskreise zwar klar geworden, aber noch nicht genug.

Kann es einen ereignisreicheren Zeitabschnitt für unsere Industrie gegeben haben als das von uns betrachtete Vierteljahrhundert? In seinem Verlauf ist manches überlebt gestürzt, manches vielleicht noch Lebensfähige von der revolutionären Wucht der entfesselten Wirtschaftskräfte ebedrückt worden. Aber es wurden auch gewichtige Bausteine für ein zukünftiges Gesellschaftsgebäude gelegt, an dessen Pforte mit Fug und Recht das Wort prangen soll: „Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein!“

Dass wir zum Segen der Menschheit diesem Ziele unaufhaltsam nähertommen, daran an erster Stelle mitzuwirken ist die geschichtliche Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Dito Hue

Ausblick auf die Zeit nach dem Kriege

Die Geschichte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ist die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung schlechthin. Nicht als ob alle anderen gewerkschaftlichen Organisationen nach Zeit und Organisationsform ganz die gleiche Entwicklung genommen hätten, wie er. Als der Deutsche Metallarbeiter-Verband im Monat Juni des Jahres 1891 als Zentralorganisation aus der Taufe gehoben wurde, konnte der Verband der Buchdrucker schon die Feier des 25-jährigen Bestehens begehen. Aber die Gewerkschaftsverbände, deren Mitglieder als Arbeiter den wichtigsten Industriezweigen Deutschlands angehören, sind erst in demselben Zeitraum zur Entwicklung und Entfaltung ihrer Kräfte gelangt, den unser Verband heute durch sein Jubiläum besonders deutlich unterstreicht. Es ist das Vierteljahrhundert der Gewerkschaften, das hinter uns liegt und dessen Bedeutung für die Arbeiterbewegung Deutschlands kommende Geschichtsschreiber unbefangener würdigen werden, als es uns möglich ist.

Die Zeitumstände gestatten es nicht, diesen wichtigen Gedanktag durch rauschende Feste oder andere prunkende Ansehnlichkeiten zu begehen. Lippige Festgelage und bunte Mittelparaden wären in der gewerkschaftlichen Bewegung der deutschen Arbeiter nie in Übung. Und heute geziemen sie sich weniger denn je.

Dass alles Friede und äußere Schimmer
Dem lügerischen Trost der Tyrannei.
Da aber sei bei beidem Festen immer
Des eingedenk: „Noch ist die Welt nicht frei!“

Wohl noch nie seit den ersten Anfängen einer selbständigen proletarischen Bewegung ist den deutschen Arbeitern die Wahrheit und Berechtigung dieser Mahnung so deutlich ins Bewusstsein gedrungen, wie bei Jubiläum in den Kriegsjahren. Das Donnern der schweren Mörser und das gleichmäßige Gematter der Maschinengewehrsalven an der Front dröhnen es allen in die Ohren: „Noch ist die Welt nicht frei!“ In den verklärten Gesinnungen der Kriegsveteranen und -Waisen kann es jeder lesen: „Noch ist die Welt nicht frei!“ In den leeren Eingewänden fühlen es selbst die Bewußtseinstoten der Darbenden: „Noch ist die Welt nicht frei!“ Der Friedensschluß wird zwar des grauen Ringens auf den Schlachtfeldern und der gewaltigen Zerstörung blühender Städte und fruchtbarer Fluren Einhalt tun. Aber die wirtschaftliche Not des Volkes wird der Friede nicht heben. Sie wird weiterleben mit ihrem Gefolge: der wirtschaftlichen Unterdrückung und der politischen Zurücksetzung.

In diesem Gedanken begehen wir den Geburtstag des Verbandes. Welche Aufgaben haben wir nach dem Friedensschluß zu erfüllen und wie die Organisation diesen Aufgaben gewachsen sein? Das ist die Frage, die unsere Kollegen heute beschäftigen sollte. Wir alle kennen aus der Geschichte der Organisation, sind stolz auf ihre Leistungen, die in ihrer Wirkung ein beachtliches Stück Kulturarbeit bedeuten. Aber heute dürfen sie uns nur soweit beschäftigen, wie sie uns ein Ansporn sind, als den Pionieren des Verbandes, die durch ihre zähe, beharrliche Kleinarbeit des Alltags den Boden für seine erfolgreichen Kämpfe vorbereiteten, in den nächsten 25 Jahren gleichzutun.

Ein kurzer Rückblick auf das Geburtsjahr des Verbandes zeigt unwillkürlich zum Vergleich zwischen damals und heute, und da erweist man schon auf den

ersten Blick eine gewisse Ähnlichkeit der Lage. Damals hatte das Sozialistengesetz die Zentralisationsbestrebungen der Fachvereine und anderer Berufsvereinigungen vereitelt und viele dieser Fachvereinigungen in Trümmer geschlagen. Im Geiste des preussischen Ministers, der das bekannte Wort geprägt hatte, „dass hinter jedem Streit die Hydra der Revolution laure“, wurden alle selbständigen Regungen der Arbeiterklasse unterdrückt. Erst die Aufhebung des Sozialistengesetzes gestattete es, auf dem Trümmerfeld der Vereinsauflösungen und des behördlichen Feldzugs die übriggebliebenen lebenskräftigen Ansätze zu sammeln und sie in der Zentralisation zu einem starken Organisationskörper zu vereinigen.

Was in jenen Jahren der Paragrafenkrieg der Behörden in der Arbeiterbewegung verhinderte und vernichtete, das zerschlägt heute der Weltkrieg. Von den ausgezogenen Mitgliedern des Verbandes werden Zehntausende von Toten und Verletzten nicht in unsere Reihen zurückkehren. Und nicht die Zahl allein ist hier der Maßstab des Verlustes. Viele der gefallenen oder beschädigten Kollegen bekleideten wichtige Ämter im Verband, waren als Vertrauensmänner in den Betrieben oder als Führer in Bezirken der festeste Stamm der Organisation. Wenn auch der von ihnen errichtete Rahmen bleibt, so wird es an vielen Stellen doch an seinem wichtigen lebendigen Inhalt fehlen. Wir werden ein neues Trümmerfeld abzuschleifen haben, das Verheerungen aufweisen wird, gegen die die Läden und Stößen im Geburtsjahr des Verbandes wie belanglose Kleinigkeiten erscheinen. Auch an Fahnenflüchtigen fehlt es heute ebensowenig, wie es damals daran gefehlt hat. Der Sturm fegt die Spreu vom Weizen, und hat etwa jemand an das Wunder geglaubt, daß der Weizen der Kriegsjahre keine Spreu aufweist?

Das Geburtsjahr des Verbandes fiel in eine Zeit des wirtschaftlichen Niederganges. Handel und Wandel stocden, und die Lebensmittelpreise hatten eine Höhe erreicht, wie selten zuvor. Der Lebenshaltung der Arbeiter drohten beträchtliche Verschlechterungen. Die hohen Lebensmittelpreise forderten gebieterisch eine Erhöhung der Löhne, und doch zwang der wirtschaftliche Niedergang die Unternehmer zu einem Wettkampf, dessen Kosten ausschließlich die Arbeiter zu bezahlen hatten.

Dieselbe Sachlage, nur um ein Vielfaches verschlimmert, werden wir nach dem Kriege antreffen. Es ist, wenn nicht für immer, so doch für eine längere Zeit unmöglich, daß die Lebensmittelpreise auf den alten Friedensstand heruntergehen werden. Mindestens noch zwei, drei Jahre nach dem Friedensschluß werden sich die heutigen Kriegspreise auf ihrer vollen Höhe halten. Und wie werden sich dagegen die Einkommen der Industriearbeiter gestalten? Ich glaube nicht an die wirtschaftliche Absonderung der kriegführenden Mächte oder der Mächteverbände, so fanatisch die darauf gerichteten Bestrebungen auch drüben und hüten propagiert werden. Das zu schaffende Mitteleuropa wäre als ein Schritt zur Weltwirtschaft zu begrüßen, ist aber kein Ersatz für den Markt, den die deutsche Industrie und der deutsche Handel vor dem Kriege versorgte. Andererseits wird die wirtschaftliche Entwicklung in den Bivervandalsländern doch auch wohl einen anderen Weg nehmen, als ihn die Pariser Konferenzler ihr vorgezeichnet haben. Man braucht also die Gefahr der dauernden wirtschaftlichen Absperrung Deutschlands nicht zu überschätzen. Aber auch ohne sie sind die wirtschaftlichen Aussichten für die Arbeiter nach Friedensschluß bedrohlich genug. Ist erst der letzte Flintenschuß verhallt, dann wird die mit Hochdruck betriebene Erzeugung aller Arten Kriegsgüter sich verlangamen, aber die Beziehungen zu den anderen Ländern werden noch nicht sofort wieder für den Güteraustausch geordnet sein. Gewiß wird der Inlandmarkt einen großen Bedarf an solchen Waren aufweisen, die durch den Krieg vollständig oder zum großen Teil verbraucht worden sind. Aber man darf nicht vergessen, daß eine Einstellung der deutschen Industrie auf diese Bedürfnisse mit den vielen Millionen der zurückkehrenden Krieger erfolgt und daß sich Selbstverbraucher wie Verwaltungsbehörden und Gesellschaften aus den gleichen Gründen zunächst auf den Ersatz der unentbehrlichsten Bedarfsgegenstände beschränken werden. Von allen Industriezweigen Deutschlands war die Metallindustrie mit am meisten an der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse beteiligt, und ob für den Ausfall gerade in den ersten Monaten nach Friedensschluß Ersatz geschafft werden kann, muß bei Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände bezweifelt werden.

Es ist nicht möglich, das Bild im einzelnen auch nur flüchtig zu zeichnen, das sich im Metallgewerbe nach Friedensschluß ergeben wird. Aber sicher ist, daß wir auch auf dem Inlandmarkt trotz Syndikaten und Konventionen einen Wettkampf erleben werden, der an Heftigkeit den gleichen Erscheinungen vor dem Kriege nicht nachsteht wird. Und wie damals werden es auch dann wieder die Arbeiter sein, die die Folgen dieses Kampfes in Gestalt von Lohnkürzungen aller Art am empfindlichsten zu spüren bekommen. Eine Arbeitslosigkeit in größerem Umfang wird ihre Widerstandskraft vermindern oder doch den Unternehmern zu den gegen die Arbeiterschaft gerichteten Maßnahmen erhöhten Anreiz geben.

Daß die Steuern für Reich, Staat und Gemeinden an den Arbeitern nicht spurlos vorübergehen werden, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Ganz gleich, in welcher Form sie sich zeigen, frei von den neuen Lasten werden die Arbeiter nicht bleiben. Es wird Sache der politischen Bewegung sein, bei ihrer Verteilung diesmal wirklich die leistungsfähigen Schultern heranzuziehen. Aber niemand wird sich einbilden, daß den Grundrissen nach steuerlicher Gerechtigkeit in dem von den Arbeitern gewünschten Umfang entsprochen werden wird. Selbst wenn man die Dinge so rosig wie irgend möglich betrachtet, wird man feststellen müssen, daß die Steuern nach dem Kriege in einer Weise den Arbeiterhaushalt belasten werden, die den Steuerdruck von heute noch um ein Vielfaches übertrifft.

Hohe Lebensmittelpreise, erhöhter Steuerdruck und vermindertes Einkommen, das sind die kräftigsten Striche auf dem Bilde, das ein Ausblick auf die erste Zeit nach dem Friedensschluß gewährt. Wie lange die Zeit der Überleitung in die gewöhnlichen Verhältnisse dauert, ist schwer vorzusagen. Was aber schon heute feststeht, das ist die Tatsache, daß nur eine leistungsfähige Organisation in der Lage ist, die Entscheidung der vielen Zukunftsfragen in einem für die Arbeiterschaft günstigen Sinne zu beeinflussen. Auf Trümmerfeldern haben wir aufzubauen, das wissen wir. Aber 25 Jahre harter Arbeit haben uns die beste Art der gewerkschaftlichen Baukunst gelehrt und die Grundmauern des Verbandes stehen fest und unerschütterlich. Die heute in den Schützengräben sich dem Ansturm der Feinde entgegenstellen, werden der Mühen nicht scheuen, die ihnen erst den vollen Anteil an dem erkämpften neuen Deutschland sichern. Die politischen Freiheiten — um die wir ja aber auch noch kämpfen müssen — sind wertlos, wenn nicht der wirtschaftlichen Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter ein Ziel gesetzt werden kann. Daran soll uns der Festtag des Verbandes erinnern, das soll uns den Willen stärken, ebenso tapfer und beharrlich für die innere Befreiung Deutschlands zu wirken, wie heute seine Söhne die äußeren Grenzen schützen. Wir wären der zähen Vorkämpfer unserer Bewegung, der bekannten Führer und der masselosen Helben, der Männer, die den Grundstein zu dem stolzen Bau des Verbandes gelegt haben, nicht wert, wenn wir nicht jeden Nerv anspannen wollten, um es ihnen gleichzutun. Die einst den 50. Jubeltag des Verbandes feierlich begehen werden, sollen von der Generation, die das graue Alter begeben mit erleben, nicht sagen können, daß sie in der Erfüllung ihrer Pflicht gewandt und geübt habe. Karl Severing